



Tarantel

Nr. 76

März
1/2017

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



Das Neue im Alten

In „Produktivkräfte für eine ökosoziale Gesellschaft“¹ hat Götz Brandt einen ersten Versuch unternommen, zukunftsfähige Produktivkräfte zu beschreiben, und er hat einige Beispiele unter dem Aspekt der sich abzeichnenden Ressourcenerschöpfung genauer untersucht. Nicht betrachtet werden konnte dabei die Frage, wie wir vom Hier und Heute zu einer überlebensfähigen Wirtschafts- und Lebensweise kommen können.

„Die Menschheit ist infolge eines gigantischen ökologischen Anschlages der großen Industrienationen auf unserem Planeten in ihrer Existenz bedroht.“² Dieser erste Satz aus unserer Gründungserklärung vom 24.6.19942 ist aktueller denn je. Aus dem damaligen PDS-Programm haben wir zitiert: „Deshalb muss alles getan werden, damit die Zeit zum radikalen Umbau der Produktions- und Lebensweise nicht unwiederbringlich verlorengeht.“

Doch 23 Jahre sind verstrichen, und einer Lösung sind wir bisher nicht näher gekommen. Als materialistisch denkende Menschen suchen wir diese an der Basis, der Produktion, und stellen als zentrales Thema des vorliegenden Heftes die Frage:

Welche neuen Produktivkräfte sind bereits im Alten (=Kapitalismus) entstanden, die

a) für eine zukünftige Gesellschaft tragfähig sind und

b) vielleicht sogar das Potential haben, die alten Produktionsverhältnisse aufzubrechen?

Eine entsprechende Anfrage bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergab, dass dazu bisher keine Studie vorliegt und führte dann zu dem Gespräch mit Judith Dellheim.

Intensiver als die Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt sich damit – ohne diese Frage so zu formulieren – das Commons-Institut in Bonn, bei dem Steffen Meretz aktiv ist. Er erläuterte seine Gedanken zur Produktion von Commons als Alternative zur kapitalistischen Warenproduktion.

Beide Gespräche werden ergänzt durch die Rezension „Die Welt reparieren...“, da in diesem Buch eine Vielzahl konkreter Projekte vorgestellt wird, die zum Teil in die gleiche Richtung weisen.

Weitere Themen betreffen die aktuelle Politik.

Manfred Wolf begründet die weiterhin bestehende Notwendigkeit, dass sich ein Bundesparteitag DER LINKEN mit dem sozial-ökologischen Umbau beschäftigt („Was wir unserer Partei sagen wollten“).

Friedrich Sixel vergleicht zwei Menschen, die nicht zu vergleichen sind: Fidel Castro und Donald Trump – um dann zu fragen, was aus Trumps Wahl „für eine wahrhaft revolutionäre Politik in anderen höchst entwickelten Ländern“ folgt.

Dieter Brendahl zeigt, weshalb die Energiegesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend erneuert werden muss.

Schließlich gibt es in dieser Ausgabe eine Vielzahl Rezensionen von Büchern, die die unterschiedlichsten Themen abdecken und Eure Aufmerksamkeit verdienen.

Die Redaktion

Einladung zum Bundestreffen 2017

Am **24. und 25.6.2017** findet unser diesjähriges Bundestreffen in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ in 99094 Erfurt statt.

Die vorläufige Tagesordnung beinhaltet

- ▶ Auswertung der Wahlen in Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen
- ▶ Auswertung des Wahlparteitages
- ▶ Bundestagswahlkampf
- ▶ Exkursion (wird noch präzisiert)

Um besser planen zu können, bitten wir um Eure verbindliche Anmeldung möglichst bis 15.5.2017 unter:

<https://www.oekologische-plattform.de/bundestreffen-der-oekologischen-plattform-2017/>

1 Beiträge zur Umweltpolitik Heft 1/2015; Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE.

2 <https://www.oekologische-plattform.de/uber-uns/grundungserklärung-der-okologischen-plattform-bei-der-pds/>

Was wir unserer Partei sagen wollten

Manfred Wolf

Dass die Ökologische Plattform die Frage „ökologische Politik der Partei“ auf einem der nächsten Parteitage der LINKEN behandelt wissen wollte, dies aber von der Mehrheit des Vorstandes auf frühestens 2019 verschoben wurde, haben wir in unseren Informationen und auch im ND und der Jungen Welt bekannt gemacht.

Worum geht es uns?

Vor allem muss die Rolle, das Gewicht der LINKEN im Kampf gegen das immer schnellere Abgleiten in die ökologische Krise erhöht und öffentlich auch stärker in den Vordergrund gerückt werden. Wir haben in unserer Partei viele kluge, sehr engagierte und kompetente Mitstreiter auf ökologischem Gebiet. Dabei sind insbesondere die für das Gebiet zuständigen Genossinnen und Genossen in den Parlamentsfraktionen und den Vorständen von der Bundesebene bis in die Kommunen zu nennen. DIE LINKE ist deshalb auch mit ökologischen Positionen und Forderungen in ihrem Parteiprogramm und in Wahlprogrammen für die Gesellschaft wegweisend. Was sie in ihrem Wirken für eine gesunde Umwelt von den anderen Parteien im Bundestag unterscheidet, was sie auf den Platz der entschiedensten Kämpferin für unsere natürliche Umwelt stellt, ist die Tatsache, dass sie als einzige weiß, dass dieser Kampf auch ein Kampf für eine neue, nicht-kapitalistische Gesellschaft sein muss, dass demnach in ihren ökologischen Forderungen und Positionen auch solche enthalten sind und sein müssen, die an die Grenzen des herrschenden Profitsystems oder darüber hinaus weisen. Die LINKE tut das z.B. mit ihrer konsequenten Ablehnung von Krieg und kriegerischen Einsätzen im Ausland, von Rüstung und Rüstungsexporten. Viele weitere Beispiele sind auch im Plan B für einen sozial-ökologischen Umbau zu finden, der in der Linksfraktion im Bundestag entwickelt wurde. Aber dabei darf es nicht bleiben. Einmal richtig aufs Papier gebracht, dürfen gute Ideen und Absichten nicht dort schlummern. Sie müssen mit neuen erweitert werden und sind ständig und immer wieder mit praktikablen, auch renitenten Vorschlägen, Programmen, Erklärungen und Aktionen gegen das „Weiter so“ in Erinnerung zu bringen. Wer mit der ökologischen Frage nicht auch die Systemfrage

stellt, kann erstere nicht in ihrer Gänze lösen, denn mit der kapitalistischen Profitwirtschaft kann es nur ihre weitere Verschärfung geben. Es muss Anliegen der LINKEN sein, grundsätzlich neue Trends der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen, wie sie z.B. gegenwärtig auch mit dem Fortschreiten der Digitalisierung und Computerisierung der Arbeitsprozesse vor sich gehen, und unsere Vorstellungen für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft darauf einzustellen. An dieser Stelle muss sich die LINKE stärker als Meinungsführerin zu erkennen geben.



Sie ist dazu bestens gerüstet. Das konnten wir erneut auf der von der Bundestagsfraktion der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende Januar in Essen veranstalteten Konferenz „GENUG für ALLE. sozial.öko.logisch“ feststellen. Abermals wurde dort auch deutlich, dass die für uns so wichtigen zentralen Anliegen ökologischer Politik von unseren Vorsitzenden mitgetragen werden. Bernd Rießinger wies auf dem Podium darauf hin, dass es

für uns darauf ankommt, ökologisch und sozial immer deutlich zusammen zu bringen. Er beklagte, dass die LINKE in der Öffentlichkeit, sehr zu Unrecht, nicht mit Ökologie in Verbindung gebracht wird. Das sehen wir in der Plattform auch so und meinen, dass wir es gemeinsam verändern können und müssen.

Wir wissen aber auch, dass es ein schweres Unterfangen ist, dafür in der Gesellschaft wie auch über die Insider hinaus innerhalb der Partei selbst ein Bewusstsein zu schaffen. Gesellschaft und Medien haben sich auf die Zuständigkeit der Grünen für Ökologie verständigt, weil sich diese Partei mit dem herrschenden kapitalistischen System arrangieren kann. Den Grünen fällt es deshalb nicht schwer, ihre ausschließliche Kompetenz für alle Fragen ökologischer Politik in Deutschland zu reklamieren.

Gerade deshalb müssen wir hart für die Schaffung eines die ökologische Verantwortung betreffenden, neuen gesellschaftlichen Bewusstseins arbeiten. Und gerade weil in der Öffentlichkeit noch am ehesten Äußerungen aus der LINKEN zur Kenntnis genommen werden, wenn sie von ihren Parteitagern bzw. ihren Vorsitzenden kommen, ist es dringend notwendig, baldigst auf einem Parteitag über die ökologische Politik zu sprechen, wie sie insgesamt auch nicht nur einmal in 10 Jahren auf die Tagesordnung von Parteitagen gehört.

Katja Kipping hatte uns in dieser Frage unterstützt. Auf besagter Konferenz in Essen ging sie in ihrer Diskussionsrunde mit Professor Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, besonders nachdrücklich auf den engen Zusammenhang unseres Kampfes für ein Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Abwendung einer Klimakatastrophe ein. Sie erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Arbeit von Hermann Scheer für eine solare Energiewende. Ich erinnerte mich dabei an eine Rede von ihm, die ich vor Jahren in der Rosa-Luxemburg-Stiftung hören durfte, ich glaube fast, es war die letzte vor seinem viel zu frühen Tod. Er sagte den Zuhörern, dass gerade eine dezentrale, auf erneuerbaren Quellen basierende Struktur der Energieversorgung einen sehr entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Energiekonzerne leisten kann. Sie sei daher ein wichtiges Instrument des Kampfes gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise.

Das wird uns auch weiterhin darin bestärken, unseren Kampf für eine gesunde natürliche Umwelt und gegen die naturschädigende kapitalistische Produktions- und Lebensweise ständig als einheitlichen Vorgang zu denken.

Wir sollten in der ganzen Partei versuchen, in dieser Richtung aktiver zu werden und neue Ideen zu entwickeln

Professor Gerhard Armanski erinnert in seinem Buch „Monsieur le Capital und Madame la Terre“ auf Seite 241 an den Aufruf einer Gruppe von Juristen und Theologen in Bern vor über 20 Jahren „Rechte künftiger Generationen – Rechte der Natur. Vorschlag zu einer Erweiterung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Diese Gruppe trat also dafür ein, die Erklärung der Menschenrechte um die Rechte der Natur zu erweitern. Warum sollten nicht auch wir darüber nachdenken und die Frage in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen, ob es nicht ins Grundgesetz gehört, dass in Deutschland nicht nur die Freiheiten der heute Lebenden, sondern auch die Rechte auf Leben der nachfolgenden Generationen, und dafür und deshalb vor allem die Rechte der Natur geschützt werden müssen. Sie werden gegenwärtig durch unsere Lebensweise in Frage gestellt.

Ein Grundrecht Naturschutz im Grundgesetz, so will mir nach heutigen Erkenntnissen scheinen, könnte den Ambitionen mancher profitgieriger Mitbürger, z.B. nach Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums, bereits in ihren Anfängen einen Riegel vorschieben.

Die LINKE muss ihre Stimme im Konzert der Streiter für eine gesunde Umwelt, auch gegen die Ignoranz der Medien gegenüber ihrer Politik, hörbarer machen. Sie muss dafür vor allem ihre Positionen zu den wichtigen Fragen der Politik und Wirtschaft wie Konsum und Wirtschaftswachstum –, Rüstungsproduktion und -export, Ressourcenverbrauch und Klima u.a. – im Kontext mit den aktuellen ökologischen Anforderungen darlegen.

Die Ökologische Plattform wird es noch stärker als ihre Aufgabe betrachten müssen, gemeinsam mit allen ökologisch Engagierten und Zuständigen in der LINKEN derartige Positionen und Aufgabenstellungen den Parteitagen zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

Eine Situation, in der die Meinung eines wohlwollenden Kritikers wie Rudi Groth über Politiker_in-

nen der LINKEN leider nicht abwegig ist, muss der Vergangenheit angehören. Er schrieb am 29.10.2016 im „Neuen Deutschland“:

„In der Aufzählung der Verbesserungen und der Reformpakete nennt die Parteispitze der LINKEN im Falle einer Regierungsbeteiligung u.a. die Bekämpfung der Armut, höheres Rentenniveau, Erhöhung des Mindestlohns, Besteuerung von Millionenvermögen, solidarische Gesundheitsversorgung, sozialen Wohnungsbau sowie Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr. Das sind gute, anspruchsvolle soziale Ziele. Dennoch fehlt etwas ganz Wesentliches. Will die LINKE nicht eine sozial-

ökologische Politik durchsetzen? Die gesamte Parteispitze führt den Begriff Ökologie ab und zu im Munde; tatsächlich aber hat sie seine Wichtigkeit nicht wirklich erfasst – oder weiß sie um die mangelnde Courage dafür in ihren Reihen? Ohne Beachtung der ökologischen Situation und Notwendigkeiten werden sich die sozialen Ziele nicht realisieren lassen. Andererseits zerstört eine neoliberale, asoziale Politik unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Sollte die Parteispitze in den Gesprächen und Verhandlungen mit künftigen Partnern den ökologischen Part ignorieren, ist einer Regierungsbeteiligung weder im Land noch im Bund zuzustimmen.“

Tod Fidel Castros und Wahlsieg Donald Trumps

Friedrich Sixel

Das praktisch gesehene Koinzidieren des Todes Fidel Castros und der Wahlsieg dieses Donald Trump veranlasst mich zu einem Vergleich dieser beiden Gestalten. Ich halte einen solchen Vergleich für aufschlussreich zur Standortbestimmung linker Politik. Fidel Castro hatte schon nach dem Vertreiben der Batista-Bande aus Kuba gesehen, worauf es in seinem Land ankam: eine Revolution, die dem kubanischen Agrarstaat eine Zukunft eröffnete. So wurde er zum Helden einer nicht-orthodoxen, d.h. einer lokal ausgerichteten, marxistischen Tradition. Er machte die Wirtschaft zur Kraftquelle aller Menschen in seinem Land. In anderen Worten: die Wirtschaft hatte dem Gemeinwesen zu dienen, war in gültigem Sinne Politische Ökonomie.

Bei Trump ist nicht nur die simple Umdrehung der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik das Gefährliche, sondern dass er durch den für ihn selbst privatisierten Nutzen des Finanzkapitals diejenigen missbraucht, die unter eben dieser Form des Kapitals am stärksten leiden: die "kleinen Leute". Das gelingt ihm dadurch, dass er bodenlos lügnerisch verspricht, wogegen er mit seiner ungeheuren persönlichen Macht kämpft. Anders gesagt: er setzt eine Politik mit Lügen durch, die nur seinem eigenen Machtzuwachs dient und dies viel stärker, als es der Industriekapitalist sich hätte jemals erträumen können. Seine schon im traditionellen Sinne ausbeuterischen internationalen Geschäftsbeziehungen sind außerhalb jeder politischen Kontrolle seiner Wähler, bestimmen aber die Politik, pervertieren also das Gemeinwohl im bislang nie und nir-

gendwo erlebten Maße. Gleichzeitig beobachte ich nirgendwo auch nur den Versuch, das Herstellen eines nicht verdrehten Bildes und Begriffes der Wirklichkeit auch nur zu versuchen.

Ich halte es in der modernen Gesellschaft, d.h. im globalisierten Finanzkapitalismus, in dem ja Wissen und Denken zu einer Kapitalform geworden sind, für das größte Verbrechen, die Massen vom Erkennen der wahren Verhältnisse abzuhalten. Das war die Grundlage des Wahlsieges von Trump. Hillary Clinton hat das nicht so gut hinbekommen. Sie konnte aber auch nicht Donald Trump die Internationalität seines aufgehäuften Kapitals und die darin liegende Gefahr für die sogenannte Demokratie öffentlich vorwerfen, obwohl mit ihm zum ersten Mal einer an die Macht kommt, der sich auch materiell-konkret jeder Kontrolle entziehen kann. Das Vertrackte der Situation lässt sich an vielen Beispielen aufzeigen. Hier nur eines davon: Einer seiner Geschäftspartner auf den Philippinen wird Botschafter an Trumps „Hof“ in Washington. Warum sollte Trump diesen Mann jemals auf die Korruptheit der philippinischen Wirtschaft, Politik und Rechtsordnung hinweisen? Clinton hätte das vielleicht gekonnt, da sie nicht wirkliches großes Kapital kontrolliert, eben nur vor allem das moderne Wissen und Denken.

Was folgt aus all diesen hier nur verkürzt dargelegten Überlegungen für eine wahrhaft revolutionäre Politik in anderen höchst entwickelten Ländern, wo aber noch keiner von der Art eines Donald Trump zur politischen Macht gegriffen hat, also z.B. in

Deutschland ? Ich weiß das nicht, aber gewiss ist, dass auch Deutschland gegen das Auftreten einer solchen Figur wie Trump nicht gefeit ist, und dass dagegen nur angegangen werden kann, indem Politik die Sachverhalte klar erkennt und öffentlich mit wahren Begriffen bekämpft. Dies kann in Deutschland meines Erachtens nur die ökologische Plattform leisten, aber selbst sie muss dann auch mit wahren Begriffen operieren. Auch hierzu nur ein Beispiel: statt von "erneuerbarer Energie" oder "Naturzerstörung" zu reden, womit man allenfalls kurzfristige Gewinne im herrschenden System machen kann, müsste man sich gegen den irre exalтиerten Konsum wenden. Diese Art von Konsum

zeigt nur die Verdrehtheit der Natur **im Menschen selbst** an. Das ist nicht nur eine bloß intellektuelle Wahrheit, sondern wird auch von einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Menschen so wahrgenommen. **Mit ihnen** gilt es Politik zu machen, dann kommt man aus dem Fahrwasser der herrschenden, aber überlebten Demokratie heraus und macht gleichzeitig dem herrschenden Kapitalismus den Garaus.

Nun ist diese E-Mail viel länger geworden als beabsichtigt. Ich ... hoffe wenigstens skizziert zu haben, wogegen wir anzugehen haben

Mit solidarischem Gruß

Gespräch mit Judith Dellheim

Wie siehst Du die Zukunft?

Ziemlich skeptisch. Wenn ich die Entwicklung der globalen Probleme betrachte und die Linke, die in ihrer Defensive nicht einfach nur verharrt – die Defensive scheint ja sogar stärker zu werden – und wenn ich auf die anderen Kräfte blicke, die ja in irgendeiner Form zusammen mit den LINKEN die einzige Chance wären, etwas von Deutschland in Europa aus gegen das Anwachsen der globalen Probleme zu tun, dann bin ich nicht recht optimistisch. Daran ändern auch die in den Mainstream-Medien erklärte „Linkswende“ bzw. das „SPD-Umfrage-Hoch“ und „Rot-Rot-Grün“-Kalkulationen nichts.

Nun gibt es ja das Zitat: „Prognosen sind eine schwierige Sache, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen.“

Das ist ja richtig, aber um auf die Wendungen einzugehen: Jähe Wendungen sind nicht ausgeschlossen, wenn wir uns aber die Probleme ansehen, die geradezu handgreiflich auf uns zurasen, dann sind das eher Katastrophen ... Jähe Wendungen zum Positiven würden voraussetzen, dass es eine kontinuierlich arbeitende, auf nachhaltig wachsende Politikwirksamkeit orientierte Linke gibt, die einerseits ständig um programmatische und strategische Klarheit ringt und andererseits darauf bedacht ist, alle sich im Moment bietenden Handlungsmöglichkeiten auch wirklich zu nutzen. Wenn ich uns aber betrachte, dann sehe ich nicht diese Praxis. Das ist der Grund dafür zu sagen, dass die Chance auf positive Wendungen etwas mit der eigenen Verfasstheit zu tun hat. Und dies ist eher entmutigend.

Zur Parteiendemokratie habe ich ohnehin ein gespaltenes Verhältnis, aber es gibt ja auch andere Bewegungen außerhalb der Parteien.

Wie siehst Du diese Möglichkeiten?

Das Problem ist, dass es ja auch da einen Rückgang gibt. Wenn ich das, was es in den 1990er und Anfang der 2000er Jahre alles an Bewegungen und Initiativen gab, ohne dass Stiftungen und linke Parteien groß Geld geben konnten, mit dem Heute vergleiche, fällt der Vergleich nicht so ermutigend aus. Wir haben damals als soziale Bewegungen wesentlich mehr zustande gebracht. Wieso ist es uns als globalisierungskritische Bewegung in unserer ganzen Vielfalt nicht gelungen, diesen Prozess weiter zu treiben? Der Prozess sackte insbesondere in Europa genau dann ab, als er am meisten gebraucht wurde, nämlich als die globale Finanzkrise begann. Aber das war so ein Moment, da die Linken insgesamt eigentlich die Chance hatten, eine jähe Wendung zum Positiven herbeizuführen.

Ja, sie waren selbst überrascht. Nun war ja in den 1990er Jahren das Gefühl stärker ausgeprägt, dass Perspektiven offen sind, dass Veränderung möglich ist. Das sehe ich als einen der Gründe für nachlassende Aktivität.

Ja, aber ich meine mit „uns“ nicht nur uns hier, sondern als weltweite globalisierungskritische Bewegung.

Die Wende hatte doch auch globale Auswirkungen. Es hat sich international einiges neu sortiert.

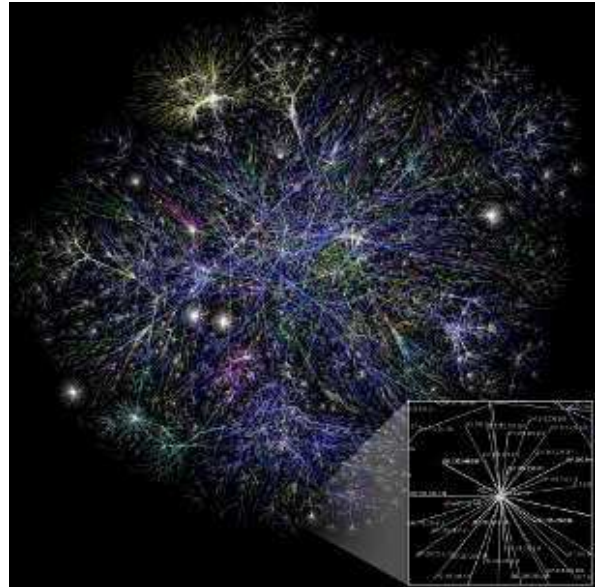
Es schienen mehr Möglichkeiten für positive Entwicklungen gegeben zu sein, aber sie konnten

letztendlich nicht für grundsätzliche Alternativen genutzt werden. Obwohl damals die Linken in einer wahrscheinlich besseren Lage waren als jetzt, waren sie letztendlich nicht fähig, die beendete „Systemkonkurrenz“ zu einem Einstieg in die Entmilitarisierung und in sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu bringen.

Andere Frage: Kann die Produktivkraftentwicklung einen Ausweg bieten? Wenn ja, welche Produktivkräfte: Technik, Technologien, Menschen, ihre (Selbst-)Organisation, Wissenschaft?

Ja, bei Deiner Aufzählung sind die Menschen dabei. Das ist der eigentliche Knackpunkt. Wenn über Produktivkräfte gesprochen wird, wird meistens an Technik und Technologien gedacht und daran, dass die Arbeitskraft auf's Knöpfchen drückt und dieses und jenes macht. Es wird aber seltener im Zusammenspiel all dieser Momente gedacht. Doch es geht um die Art und Weise, wie Menschen produzieren, und da sehen wir gleich, dass es nicht die Produktivkräfte als solche gibt. Sie sind immer verbunden mit sozialem Tun, insbesondere damit, was Menschen können, wollen und machen, womit gleich wieder die Frage nach Technik, Wissenschaft, Organisation das „soziale Moment“ hinzukommt. Selbstverständlich können nur politisch handelnde Menschen im Zusammenspiel mit den anderen Momenten der Produktivkräfte gesellschaftliche Entwicklung grundlegend verändern. Bloß sollte man keine Technik- und Fortschrittsgläubigkeit walten lassen. Wir haben ja in der Linken zwei Extreme: den absoluten Technik- und Fortschrittsoptimismus und das Gegenteil. Aber leider geht es in unserem Alltag weniger um die Frage, was für die Lösung welcher Probleme gebraucht wird. Wenn wir über Strategien reden, müssen wir daher auf jeden Fall auch über unsere wissenschaftliche Arbeit und unseren Umgang bzw. unser Verständnis von Wissenschaft, Technik und Technologie reden.

Dass es mit den „Chancen“ nicht so einfach ist, zeigt z.B. die Digitalisierung bzw. die Informations- und Kommunikationstechnologie. Es ist ja auch kein Geheimnis, dass die Entwicklung aus dem militärischen Bereich kommt (Internet/DARPANET). Das darf man nie vergessen, und man muss immer sehen, wofür etwas entwickelt und gemacht wird. Und wenn wir dann hören, dass die Informationstechnologie und die Digitalisierung doch so tolle



Visualisierung von ca 30% des Internet

Chancen bieten, um die ökologischen Probleme zu lösen, dann ist nach den Ressourcen, aus denen die Produkte hergestellt sind, und nach dem Strom-/Energiebedarf zu fragen. Und endlich sehen wir mit Schrecken, dass die Technologien nicht entwickelt werden, um Stoff- und Energieumsätze einzusparen, sondern um sie betriebswirtschaftlich zu optimieren. Und so haben wir z.B. eine Zunahme von Warentransporten und Autoverkehr statt eine Reduktion oder Vermeidung von Transporten bzw. Verkehr zu verzeichnen. Wir erhalten mehr Umbau und Aufbau statt Umbau und Abbau und insgesamt keine Reduzierung, sondern einen steigenden Ressourcenverbrauch, eine zunehmende Verschmutzung von Wasser, Luft und Böden, die fortschreitende Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen.

Ja, wobei es immer schon so war, dass Technik in Abhängigkeit von ihrem Kontext ganz verschiedene, einfach gesagt positive oder negative bzw. erwünschte oder unerwünschte Auswirkungen haben kann. Vor ca. 25 Jahren sagte mal jemand in einer Diskussion: Die einzige Erfindung, die nicht missbraucht werden kann, sei ein Schnuller. Aber auch das stimmt nicht; auch damit kann man einen Menschen ersticken. Will sagen: Mit jeder beliebigen Erfindung kann Schaden oder Nutzen angerichtet werden. Na ja. Nutzen kannst du nicht mit allem anrichten. Man nehme die Waffentechnik oder auch die Biotechnologien. Was da in der letzten Zeit entwickelt wurde, um Menschen auszubeuten, auch biologisch auszubeuten...

Ich meine die Ambivalenz technischer Entwicklungen, angefangen vom Faustkeil ...

Ja und nein. Ich denke z.B. an Atomenergie. Es gibt Technologien – außerhalb von Waffen – die auf Grund der Dimension ihrer Auswirkungen auf die Menschen allgemein nur destruktiv sind.

Das ist aber auch eine Frage der gewachsenen Erkenntnis.

Gerade bei Atomenergie gab es in der Geschichte schon frühzeitig Warnungen nicht „nur“ wegen der Zerstörungswirkung. Und insbesondere heute sind eine Reihe von Technologien von vornherein auszuschließen. Das ist nicht nur eine Folge von späterem Erkenntnisgewinn, sondern betrifft schon die Vergabe des Forschungsauftrages.

Ja, nehmen wir nur das aktuelle Beispiel

Fracking: Forschung ist erlaubt, obwohl klar ist, dass es perspektivisch sinnlos ist.

Fracking ist ein Beispiel, bei dem eigentlich schon die Forschung unterbunden werden müsste, weil die ökologischen Schäden größer sein werden, als der zu erwartende ökonomische Nutzen. Es ist ein Beispiel für Technologien, bei denen – ohne dass weiter Erfahrungen gesammelt werden müssen – klar ist: Das ist zerstörerisch, das darf nicht sein.

Ja, das gibt es. Ein typisches Gegenbeispiel – von dem man jetzt, im Nachhinein sagen könnte, es ist ja völlig klar – sind die FCKW. Sie sind ja entwickelt worden als DAS Treibmittel: nicht brennbar, unschädlich, chemisch resistent...

Dass das Zeug oben in der Atmosphäre andere Wirkungen hat, hat sich erst im Laufe der Zeit herausgestellt. Fracking beurteilen wir JETZT unter dem Gesichtspunkt der Umweltschäden. Dieser Aspekt begann vor ca. 30-40 Jahren eine Rolle zu spielen. Fracking ist aber schon älter.

Ja, wir haben inzwischen einen anderen Entwicklungsstand erreicht und wissen um die Notwendigkeit und Möglichkeit komplexer Folgenabschätzung. Dennoch: Auch beim Fracking war sehr schnell bekannt, dass es Probleme mit dem Trinkwasser und der Geologie gibt, und 1972 war mit den „Grenzen des Wachstums“ klar, dass ein generelles Umsteuern nötig ist. Fracking hätte sofort beendet bzw. ausgeschaltet werden müssen und können. Mittlerweile darf und muss bei vielen Technologien nicht erst gewartet werden, weil schon der Forschungsauftrag mit Konsequenzen verbunden ist. Zum Beispiel: Eingriffe in menschliche

Gene. Das darf nicht sein. Oder auch Geo- und Wetterengineering

Es ist ja auch so, dass sich das Potential menschlicher Eingriffsmöglichkeiten wesentlich vergrößert hat und damit die Gefahren gewachsen sind. Mit normaler Züchtung waren vor der Entwicklung der Gentechnik derartig gefährliche Eingriffe nicht möglich. Vernunft muss mit den technischen Möglichkeiten wachsen.

Vernunft verbunden mit Ethik, Verantwortung, Vorsorge.

Du siehst also in technisch-technologischen, sozialen und wissenschaftlichen Entwicklungen wenig Potential?

Nein, ich sehe ein großes Potential, aber nicht im Abstrakten. Für eine sozial-ökologische Transformation braucht es besondere Technik und Technologien. Aber schon der Auftrag für Forschung und Entwicklung muss auf ein konkretes Ziel gerichtet sein. Wenn das Ziel der Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechnik wäre, den Stoff- und Energiebedarf insgesamt drastisch einzuschränken, dann wäre nichts dagegen einzuwenden. Aber es ist ja gar nicht das Ziel. Ich sehe die wissenschaftlich-technische Entwicklung als hochgradig wichtiges Feld, um Notwendiges und Vernünftiges zu realisieren. Aber es geht nicht einfach um Wissenschaft und Technik, sondern um eine spezifische Art von Wissenschaft und Technik und um eine spezifische Weise, sie zu betreiben.

Wobei es ja nicht DIE- oder DENJENIGEN gibt, der den Auftrag für Wissenschaft und Technik erteilt. Der Auftrag entwickelt sich...

... in politischen Kämpfen und da sind wir wieder am Anfang. Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist immer interessengebunden, und immer steht die Frage, welches Interesse wie politisch wirksam wird. Deshalb ist es mir so wichtig, dass die LINKE und die Linken Wissenschaft und Technik zu ihrem Schwerpunktthema machen.

Das ist noch ein weiter Weg.

Richtig, aber das hat auch mit der jetzigen Verfasstheit und dem heutigen Handeln der Linken zu tun.

Natürlich. Daraus ergibt sich aber die Frage. Woraus schöpfst Du dann Hoffnung?

Vielleicht, weil ich mir nicht vorstellen kann oder auch nicht vorstellen will, dass es so weitergeht. Und auch weil ich in meiner Suche nach Hand-

lungsmöglichkeiten auch immer – mit Verweis auf Aktive – welche aufzeigen kann. Und aus diesem Grund denke ich: Es muss ja nicht so sein, wie es ist. Aber ich würde lügen, wenn ich sagen würde: Ich bin ganz optimistisch. Auch stimmen mich – wie schon angedeutet – irgendwelche Hoffnungen auf einen Kanzlerkandidaten Schulz nicht optimistischer. Ich habe seine Rolle im Europäischen Par-

lament über Jahre hinweg verfolgt. Damit will ich keineswegs sagen, dass wir nicht kooperieren sollten, wo Kooperation politisch sinnvoll sein kann. Im Gegenteil! Aber auch punktuelle Kooperation muss immer mit radikaler Analyse, Kritik und so mit politischem Druck von links aus verbunden sein.

Da sind wir uns einig. Danke für das Gespräch. Das Gespräch führte Wolfgang Borchardt.

Gespräch mit Stefan Meretz

Wie siehst Du die Zukunft?

Global gesehen, sehr kritisch, aus verschiedenen Gründen. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, dass sie zu Destruktivkräften geworden sind. Er ist dabei, sich „tot zu siegen“. Nachdem er den Realsozialismus besiegt hat, arbeitet er jetzt daran, sich als Zivilisationsmodell aus der Geschichte zu verabschieden. Seine Weise der Produktion von Gütern und Leistungen zerstört systematisch die Natur-Grundlagen eben dieser Produktion. Neben dem ökologischen produziert er einen weiteren Widerspruch, mit dem er nicht klar kommt: Durch Entfaltung der Produktivkräfte steigt auch die Produktivität in einem Ausmaß, das durch Ausweitung der Produktion nicht aufgewogen werden kann. Der Zwang zur Ausdehnung hat wiederum gravierende ökologische Folgen, führt aber gleichzeitig nicht dazu, dass die Abschaffung von Arbeit als Effekt der Rationalisierung hinreichend kompensiert werden kann. Das heißt, der Kapitalismus erzeugt systematisch zwei Widersprüche, die er nicht lösen kann: die Zerstörung der materiell-ökologischen Grundlagen seiner eigenen Existenz, damit gleichzeitig die Grundlagen der Existenz der Menschheit und zweitens die Grundlage seiner Existenz als Arbeitsgesellschaft. Daher brauchen wir neue Modelle, um das zu lösen.

Ich würde noch ergänzen: ... und damit seiner eigenen Verwertungsbedingungen, denn die Arbeitsgesellschaft ist schließlich die ökonomische Verwertungsgrundlage.

Ja, genau. Den Kapitalismus interessiert nicht der stoffliche Reichtum, sondern der stoffliche Reichtum, die Gebrauchswerte, sind nur ein Mittel, um die Verwertung zu organisieren.

Welche Perspektive ergibt sich daraus?

Das ist ein sehr umfassender Gedanke: Ich glaube nicht mehr, dass innerhalb der immanenten sozia-



len Formen, die der Kapitalismus geschaffen hat, eine Änderung möglich ist. Deswegen bin ich auch sehr skeptisch, was politische Strategien angeht, denn diese bewegen sich stets in den von ihm geschaffenen Formen. Wir brauchen aus meiner Sicht ein umfassendes neues Paradigma, was allerdings nicht aus den Fingern gesogen werden muss, sondern bereits existiert. Aus meiner Sicht sind das die Commons. Die Commons sind kein am grünen Tisch erdachtes Gedankengebäude, sondern eine existierende soziale Form, durch kollektive selbstbestimmte Nutzung und Erhaltung von Ressourcen die Produktion und Reproduktion zu organisieren, um Bedürfnisse zu befriedigen. Deswegen vergleiche ich die Commons als basale soziale Form mit der Ware. Die Ware ist auch eine soziale Form, nämlich eine der getrennten Privatproduktion. Wegen der Trennung der Produzierenden erzwingt sie die Vermittlung über den Markt, damit den Tausch, damit die Äquivalenz im Vergleich der Warenwerte, damit das Geld als Medium der Vermittlung, als besondere Ware, als Widerspiegelung des Wertverhältnisses, schließlich das Kapital usw. usf.. Das heißt, die Ware als basale Form führt zu den ganzen abgeleiteten Erscheinungen, die wir kennen – bis hin zum Finanzkapitalismus. Da „unten“ bei der sozialen Basisform der Produktion und Reproduktion würde ich ansetzen.

Die Frage ist also nicht: Wie organisieren wir die Warenform anders? Wie organisieren wir die Politik anders? Die Frage ist: Wie organisieren wir eine neue soziale Form der Schaffung der Lebensverhältnisse, die wir haben wollen? Und das sind aus meiner Sicht die Commons. Die Commons – deshalb spreche ich von Keimform – stellen das im Kleinen bereit, als Mikroform – allerdings unter Bedingungen, die feindlich sind. Denn Commons können sich unter den gegebenen Bedingungen nicht frei entfalten. Sie sind damit konfrontiert, dass sie sich zum Beispiel auch immer finanzieren müssen, obwohl die Finanzlogik, das Geld oder die Verwertung nicht Kern der eigenen Logik der Commons ist. Bei den Commons geht es direkt darum: Was gibt es für Bedürfnisse der beteiligten Menschen? Wie können wir die Bedürfnisse miteinander so ins Verhältnis setzen, dass nicht andere Bedürfnisse verletzt werden, denn das ist ein Kennzeichen der Warenproduktion: Ein Bedürfnis wird befriedigt, ein anderes wird verletzt, oder die Umwelt wird zerstört, oder die Arbeitsbedingungen werden verschlechtert. Bedürfnisse sind ja immer ein Verhältnis von Menschen zu Dingen, die sie brauchen für ihr Leben. Deshalb ist für mich die Umweltfrage immer eine soziale Frage. Umwelt als solche ist ein Abstraktum. Es geht immer darum: Wie wollen wir und in welcher Welt wollen wir leben? Wenn wir also Umwelt zerstören, zerstören wir unser Verhältnis zur Natur und darin uns selbst, denn wir sind ja selber auch Naturwesen. Aus dem Denken der ökologischen Frage als sozialer Frage folgt für mich, dass wir eine andere soziale Form der Schaffung unserer Lebensbedingungen brauchen, in der wir nicht selber gegen unsere eigenen Bedürfnisse handeln **müssen** – und das müssen wir permanent im Kapitalismus. Wir wollen zum Beispiel einen Job haben, nicht, weil wir begierig sind zu arbeiten, sondern weil wir das müssen und weil einen Job, einen Beruf zu haben, natürlich auch bedeutet, an der gesellschaftlichen Vorsorge teilzuhaben. Das erfolgt aber in einer Form, die total widersprüchlich ist, weil wir nämlich die Vorsorgebedingungen gleichzeitig mit der kapitalistischen Warenproduktion unterminieren. Wir bewegen uns also perma-

nent in Widersprüchen: Einerseits wollen wir etwas, müssen es auch tun, andererseits erzeugen wir Verhältnisse, die uns selbst wieder entgegenstehen. Wir leben also in Verhältnissen, in denen wir uns selbst zum Feind werden, in selbstfeindschaftlichen Verhältnissen. Das führt beispielsweise zu den ganzen psychischen Folgen, die wir auch beobachten können: Zunahme von psychischen Krankheiten, Depressionen usw., denn wer kommt schon damit unbeschädigt klar? Die meisten verdrängen die Zusammenhänge, doch man kann sie sich auch klarmachen und Alternativen formulieren: Das sind für mich die Commons.

In der Vergangenheit gab es ja immer wieder Versuche, alternative Projekte aufzubauen, die dann oft stinknormale – auch große – kapitalistische Unternehmen geworden sind, die also auf diese Weise als alternative Projekte gescheitert sind oder sie sind einfach zerfallen, haben sich selbst zerlegt. Damit wird u.a. begründet, dass erst die gesellschaftlichen, die Machtverhältnisse geändert werden müssen, damit sich Commons entwickeln können. Wie könnte denn das passieren?

Ich halte es für einen historischen Irrtum der Arbeiterbewegung, eine Erst-Dann-Logik aufzubauen: Erst die Machtverhältnisse ändern und dann die Gesellschaft neu gestalten. Das hat im Realsozialismus nicht funktioniert – dort war ja die Macht nach eigener Überzeugung in den Händen der Arbeiterklasse, und trotzdem hat es nicht funktioniert – nicht, weil der Kapitalismus da war, der es verhindert hat, sondern aus inneren Gründen. Aus meiner Sicht ist die Machtfrage auch eine soziale Frage und damit eine Frage der Art und Weise der Produktion. Die Macht ist der Produktion nichts äußerliches. „Wir müssen die Macht in die Hände nehmen“ heißt ja unter unseren Bedingungen immer, die Macht in die Hände des Staates, um dann außerhalb etwas zu gestalten, nämlich die Warenproduktion. Tatsächlich geht die Macht aber von der Warenproduktion aus, und der Staat ist nur ein Instrument, die Bedingungen für die Verwertung der Waren zu organisieren. Deswegen bin ich auch sehr skeptisch, was den politischen Weg angeht. Für mich sind neue Produktionsver-



hältnisse und neue Produktivkraftentwicklungen identisch, das heißt die Machtfrage ist eine faktische Frage: Sind wir in der Lage, anders zu produzieren, dann haben wir die Handlungsmacht, anders zu produzieren. Sind wir nicht in der Lage, anders zu produzieren, dann hilft es auch nichts, zu versuchen, die alte Produktion zu gestalten, z.B. politisch zu beeinflussen. Damit will ich nicht sagen, dass man es nicht machen sollte. Es gibt ja gute Gründe, weshalb man im Kapitalismus dem Kapitalismus Grenzen setzen sollte, nur darin setze ich keine Hoffnung, was die grundsätzliche Veränderung angeht. Eine grundsätzliche Veränderung findet nur dann statt, wenn wir eine neue Produktionsweise in die Welt setzen, und zwar faktisch.

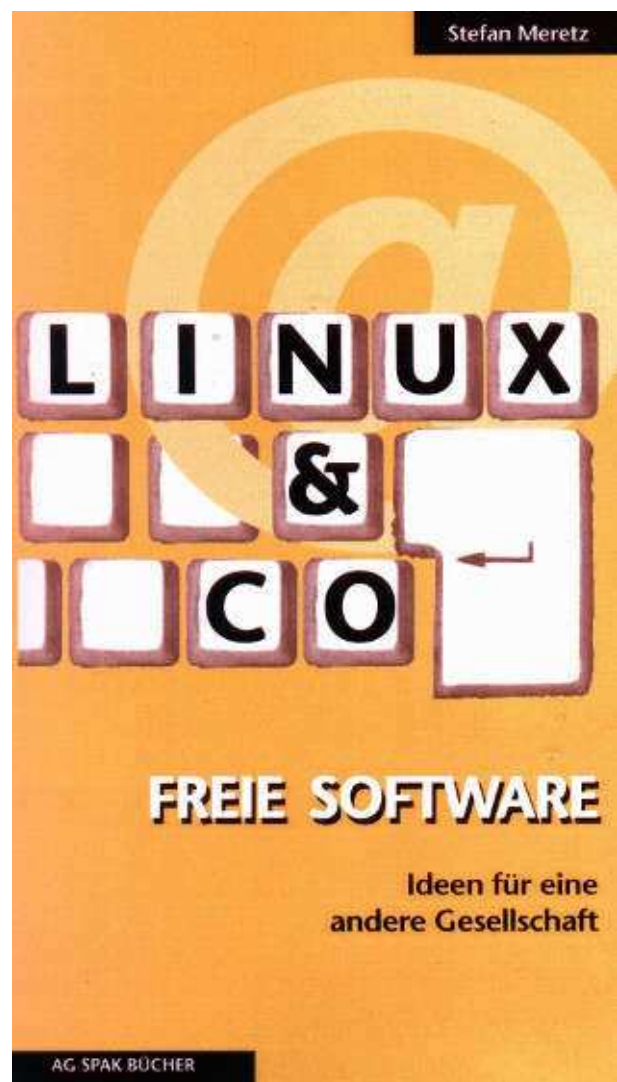
Nun ist die berechnete Frage:

Wird der Kapitalismus das zulassen?

Nein, das wird er nicht. Es interessiert ihn aber auch nicht, ihn interessiert nur, was verwertbar ist. Und Commons sind auch nur dann interessant, wenn sie in die Verwertung hineingezogen werden können. Das sind dann die Beispiele, die du genannt hast: Alternativprojekte, die dann wieder in die Verwertung einbezogen wurden. Es gibt viele Beispiele, neuerdings auch das Teilen, das ja auch mit den Commons verbunden wird. Die Share-Economy ist, wie der Name schon sagt, eine, die das Teilen wieder zur Grundlage der Verwertung macht: Beim Car-Sharing etwa gibt es nicht nur Gemeinschaften, in denen sich Menschen ein Auto teilen, sondern auch Firmen, die Autos gegen Cash vermieten, um Profit zu machen.

Wenn ich am Anfang gesagt habe, der Kapitalismus produziert Widersprüche, die er nicht lösen kann, dann wird eine gesellschaftliche Transformation über eine Doppelung von zuspitzender ökologischer und ökonomischer Krise bei gleichzeitiger Bereitstellung von Alternativen stattfinden. Nur so kann ich mir eine Transformation vorstellen: Das Alte kann nicht mehr, aber Neues existiert bereits und kann dann an diese Stelle treten. Und deswegen ist es so wichtig, dass wir heute schon unter den Bedingungen des noch halbwegs funktionierenden Kapitalismus praktisch beginnen, diese Alternativen zu schaffen. Das heißt immer, sich mit den Widersprüchen bewusst auseinanderzusetzen, also z.B. mit der vorhin genannten Frage der Finanzierung so umzugehen, dass man nicht der Illusion erliegt, wir könnten ein Commons-Projekt

machen und gleichzeitig eine profitorientierte Firma. Das ist ein Widerspruch in sich. Wir müssen mit den Widersprüchen so bewusst umgehen, dass wir z.B. nicht sagen: Mit den Commons schaffen wir etwas, und um das Projekt zu finanzieren, kommen wir dann auf die „geniale“ Idee: Lasst uns das, was wir geschaffen haben, doch verkaufen. Das ist der Übergang zur Warenproduktion. Sobald wir anfangen, die Ergebnisse des Commoning, die hergestellten nützlichen Dinge zur Bedürfnisbefriedigung, auf den Markt zu tragen, um das Commons-Projekt zu erhalten, richten wir uns auf die Logik der Verwertung aus – nicht weil wir es wollen, sondern weil die Marktlogik dies von uns fordert. Commons werden dann wieder zu Waren. Das ist der Anfang vom Ende. Es ist dann vielleicht ein etwas längerer Prozess, aber ich kenne selber viele Firmen, die mal so begonnen haben und etwa im Belegschaftseigentum waren, z.B.: Zapf-Umzüge, PSI usw.. Doch das heißt noch gar nichts. Wenn



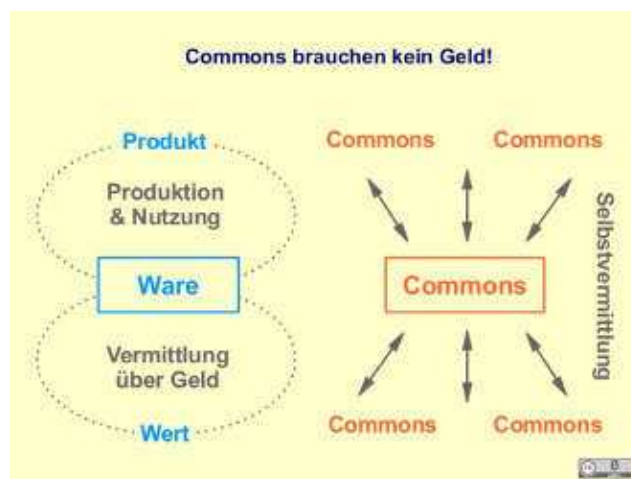
Gesellschaftsperspektive

die Firma – auch wenn sie im Besitz der Belegschaft ist – für den Markt produziert, ist sie von der Logik des Marktes abhängig und muss seine Regeln befolgen. Das hat Marx den „Fetisch der Warenproduktion“ genannt: Es ist nicht mehr in der Hand der Menschen frei zu entscheiden, was sie tun. Sie dürfen nur insoweit frei entscheiden, wie die Verwertung funktioniert.

So, wie Du das charakterisiert hast, setzt das Commoning ein klares Bewusstsein voraus. Das entsteht aber nicht im luftleeren Raum. Die Frage ist daher, wie aus den wenigen, die sich dessen im Moment bewusst sind, eine Commons-Bewegung entstehen kann, in der das nicht verloren geht? Beispiele sind Projekte, die durchaus alternativ beginnen, sich dann aber auflösen. Ein Grund sind z.B. einzelne, die dazu kommen und in der Lage sind, durch ihre Persönlichkeit, ihre Lautstärke o.ä. andere abzustößen oder an sich heranziehen. Dadurch können sich divergierende Gruppen bilden, bei denen das Bewusstsein auf der Strecke bleibt.

Zunächst: Commons ist keine Bewegung und wird nie eine sein. Commons ist ein Paradigma, eine besondere Art zu denken und zu handeln. Commons ist immer das, was man dazu macht. Es existiert nicht per se, sondern etwas **wird** zu einem Commons. Es kann überall Commoning geben, auch im kapitalistischen Unternehmen. Ich würde sogar fast die Behauptung aufstellen, dass wie so oft das Kapital die revolutionäre Kraft ist, die erkennt, was darin steckt und Aspekte des Commoning in großen Konzernen implementiert. Das gibt es jetzt schon, aber damit wird der Konzern kein Commons. Es ist wichtig zu unterscheiden zwischen Commons als geschlossener sozialer Form mit Grenzen, die man im Kapitalismus braucht, um sich abzugrenzen von der Marktlogik, und Aspekten von Commoning, des sozialen Prozesses, die man überall 'reinbringen kann. Und „Aspekte“ heißt: Es kann auch wieder zurück kippen, es kann aufgelöst werden, es kommen Lautsprecher, die überzeugend wirken usw. Das wird es immer geben. Wir werden immer diese Niederlagen, dieses Zurückfallen haben. Ich glaube, dass das auch notwendiger Teil des Prozesses der Transformation ist. Brauchen wir vorher eine bewusstseinsmäßige Klarheit oder entsteht sie durch den Prozess? Beides. Natürlich sollte es diejenigen geben, die sich

Klarheit verschaffen – ich würde mich dazu zählen und es wird diejenigen geben–, die sagen: „Das ist mir egal, ich habe da so eine Intuition und fange einfach an“. Nehmen wir als Beispiel Menschen, die praktische Dinge in die Welt setzen, indem sie auf dem Flughafen Tempelhof das Allmendekontor gründen und einfach Kisten aufstellen, Erde hineintun und etwas anpflanzen. Wenn es gut läuft, fangen die mit der Intuition mal an, sich mit Commons als Paradigma auseinanderzusetzen und lernen etwas dabei, was sie in ihrer Praxis wiederfinden. Wenn sie dann besser mit ihren Widersprüchen umgehen können, dann ist für beide Seiten viel gewonnen. Für die, die reflektieren, ist das ein schönes Beispiel, was man sich wieder ansehen und bei dem man die Widersprüche analysieren kann, und die, die Praxis gestalten, können aus den Widersprüchen lernen. Doch das kann man niemandem



verordnen. Deswegen gibt es auch dort kein Erst-Dann, sondern es ist ein dialektischer Prozess zwischen dem praktische-Erfahrung-machen und dem Reflektieren dieser Erfahrungen, um dann mit dem gewonnenen höheren Grad an Bewusstsein wieder neue Erfahrungen zu machen. Einige meiner Erkenntnisse kommen unter anderem aus der Auswertung der Alternativbewegungen, die zum Beispiel mit dem vereinfachten Slogan „Ohne Chef produzieren“ gescheitert ist. Warum? Es ist nicht relevant, ob es einen Chef gibt oder nicht. Relevant ist: Produziert man für den Markt oder nicht? Relevant ist: Produziert man Waren oder produziert man Commons? Das ist eine relevante Dimension, mit der man sich auseinandersetzen muss und nicht, ob es einen Chef gibt oder nicht. Auch kapitalistische Unternehmen haben verstanden, dass

flache Hierarchien viel besser funktionieren und dass die Kreativität der Menschen viel besser zur Geltung kommt, wenn man ihnen nicht permanent sagt, was sie zu tun haben, sondern wenn sie sich selber entfalten können. Also ist das nicht der Punkt. Das alles sind so Lernfelder, die es immer wieder geben wird. Deswegen setze ich auf einen praktischen Lernprozess in Auseinandersetzung mit den wirklichen Widersprüchen der Welt.

Für einen, der sich mit ökologischen Problemen und daraus erwachsenden Gefahren beschäftigt, ergibt sich natürlich die Frage: Ist dieser Lern-, Veränderungs- und Selbstveränderungsprozess schnell genug, um Katastrophen zu entgehen oder nicht?

Mein Gefühl ist: Nein, wir sind zu langsam. Das sage ich ganz nüchtern. Aber es gibt ja auch die Erfahrung, dass in bestimmten historischen Sondersituationen auf einmal ein massenhaftes, ganz schnelles Lernen geschieht. Die Wende war auch ein massenhafter, schneller Lernprozess – wie auch immer man diesen bewertet – es war auf jeden Fall einer, bei dem gelernt wurde: Wir sind doch nicht vom Staat abhängig und können die Zukunft, unsere Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Und dann war der Staat, war die Partei auf einmal sehr machtlos, obwohl sie die Macht innehatte. Über all das, was darauf folgte, will ich gar nicht reden, aber das war ein historisches Moment, bei dem unter Sonderbedingungen sich auf einmal etwas ganz schnell etwas änderte. Das kann man absolut nicht vorhersagen. Das sind unvorhersagbare Singularitäten der Geschichte. Trotzdem bin ich pessimistisch, weil ich glaube, wir lernen zu langsam. Gleichzeitig beobachte ich, dass sehr sehr viele Leute, wenn man sie persönlich fragt, sagen, sie wollen ja nicht die Umwelt zerstören, sie wollen nicht, dass der Regenwald gerodet wird. Trotzdem verwenden sie Waschmittel, in denen Palmöl enthalten ist, wofür die Wälder in Indonesien sterben. Palmöl ist in der Hälfte aller Alltagsprodukte enthalten – um nur ein Beispiel zu nennen. Oder es wird Tropenholz verwendet, um die Wohnung schön einzurichten. Trotzdem sind alle dafür, dass die Wälder erhalten bleiben, damit das Klima nicht umkippt. Das heißt: Das subjektive Wollen, das subjektive Etwas-Gutes-Wollen und die objektiven Möglichkeiten, das im Handeln auch umzusetzen, klaffen völlig auseinander.

Die Möglichkeiten des Umsetzens gibt es auch. Natürlich gibt es die, aber viele sehen sie nicht und viele sind dann auch ...

zu träge...

...ja, und es gibt auch Gründe dafür. Es gibt nicht die isolierte „Gute Handlung“. Auch wenn wir als kritisch reflektierte Menschen unser eigenes Leben ansehen, werden wir garantiert Punkte finden, wo wir innerhalb der Strukturlogik daran beteiligt sind, dass am anderen Ende der Welt jemand für uns unsichtbar unter unseren Handlungen leidet. Das sind Strukturzusammenhänge, denen wir individuell nicht entgehen können. Gegen so etwas wie Konsumverzicht oder Fair-Trade oder was es auch immer an Vorschlägen auf der individuellen Handlungsebene gibt, bin ich nicht, aber ich unterliege auch nicht der Illusion, dass sich über diese individuellen Handlungsänderungen innerhalb der gleichen Art der Produktion etwas grundsätzlich ändern könnte. Was wir brauchen, ist die Kombination von individueller Handlungsänderung und struktureller Änderung, und für mich stellen eben die Commons ein anderes Strukturverhältnis, also ein anderes soziales Verhältnis dar. Commons können langfristig als Fundament für eine ganze Gesellschaft dienen.

Der für mich wichtigste Satz von Karl Marx steht im ersten Band vom „Kapital“ gleich im ersten Satz. Er sagt nämlich sinngemäß: Die Ware ist die Elementarform der kapitalistischen Warenproduktion, die uns in so vielfältigen Formen entgegentritt. Und die Frage ist: Was ist die Elementarform einer commonistischen Gesellschaft? Wenn ich „commonistisch“ sage, meine ich die Commons und nicht, was als „kommunistisch“ bezeichnet wurde und immer noch wird. Ich meine eine Commons-Gesellschaft: eine auf Commons, einer anderen Mikroform basierende Gesellschaft, eine andere Elementarform, ein anderes soziales Basisverhältnis. Das ist für mich das entscheidende. Das Kennzeichen der Warenproduktion ist für mich der ex-post-Charakter. Das heißt, erst wird produziert und dann wird gesellschaftlich vermittelt, getauscht, verkauft. Damit wird die ganze Produktion nur auf die Verkaufbarkeit ausgerichtet und alle anderen Faktoren, die ja auch Bedürfnisse betreffen, werden, nein, sie müssen externalisiert werden. Die Externalisierung ist eins der – unter anderem für die ökologischen Verhältnisse – Kernprobleme des Kapitalismus.

Alles, was nicht zur Verwertung beiträgt und die Produktion teurer macht – es gibt einen Zwang zur Verbilligung der Produktion – muss externalisiert werden.

Die Commons-Produktion nenne ich ex-ante-Produktion, denn bevor losgelegt wird, setzen sich die Leute zusammen und fragen: Was wollen wir haben? Wir wollen ein Gut A haben und es herstellen. Wenn wir A aber auf die Weise X machen, beschädigen wir B. Wir wollen aber auch B, zum Beispiel eine gute Umwelt. Wie bekommen wir also A, ohne B zu beschädigen? Also werden die Bedürfniskonflikte nicht abgespalten und externalisiert, wie im Kapitalismus – darum soll sich jemand anderes kümmern, z.B. der Staat um die Umweltschäden –, sondern sie werden vorher integriert in einer Weise, dass gefragt wird: Kriegen wir die Produktion so hin, dass wir nicht sozusagen vorn etwas aufbauen und mit dem Hintern etwas anderes einreißen? Diese Vermittlung von Bedürfnissen passiert, **bevor** etwas produziert wird. Das war übrigens auch der Kerngedanke der zentralen Planwirtschaft. Da wurde ja auch überlegt: Wie kriegen wir das vorher vermittelt? Nur das hat nicht funktioniert, weil man aus meiner Sicht Bedürfnisse nicht planen kann und schon gar nicht für etwas so großes, wie eine ganze Gesellschaft.

Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Wie kann denn das bei einer Arbeitsteilung funktionieren?

Das finde ich die theoretisch spannendste und entscheidende Frage. Wie funktioniert das, was man sich in einer Gruppe von vielleicht 15 Leuten im direkten Kontakt vorstellen kann: der Austausch darüber, welche Bedürfnisse befriedigt werden sollen und wie wir das machen. Wie kann man das gesamtgesellschaftlich organisieren? Unsere Nachdenkrichtung ist gespeist von Stichworten unter anderem aus der Commons-Forschung, aber nicht nur. Ein Begriff aus der Commons-Forschung, den ich von Vincent bzw. Elinor Ostrom genommen habe, ist der der polyzentrischen Selbstorganisation. Elinor Ostrom hat empirisch beobachtet, dass sich in großen Systemen, in denen sich die Menschen nicht mehr unmittelbar kennen können und keinen unmittelbaren Austausch mehr haben, vernetzte Systeme von Commons bilden, also Commons von Commons...

fraktale Strukturen¹ ...

ja fraktale, netzwerkartige Strukturen, in denen sich dann Arbeitsteilungen ausbilden. Das heißt:

Nicht alle machen das Gleiche, sondern die einen machen für die anderen etwas, das die Bedingung für deren Tätigkeit ist, schaffen z.B.

eine Infrastruktur, die die anderen brauchen, um zu produzieren.

Diese Infrastruktur, die sie schaffen, ist aber nicht mehr etwas, das sie selber benötigen. Das ist meiner Meinung genau das Problem dabei.

Ich finde nicht, dass das ein Problem ist, sondern die Lösung. Alle Menschen in einer Commons-Struktur machen sowieso nur das, was sie wollen. Und wenn jemand feststellt, das ist nicht mehr meins, denn das hat nichts mehr mir dem Produkt zu tun, was ich haben möchte oder woran ich mitwirken möchte, dann geht er oder sie eben weg. Aber es gibt auch Leute, die genau das spannend finden, z.B. Infrastrukturen bereit zu stellen, weil das nämlich genau deren Thema ist. Das verweist auf einen anderen Begriff, der sehr wichtig ist: den Begriff der Stigmergie. Es gibt eine Form der Kommunikation, die dafür sorgt, dass Menschen nicht von anderen organisiert werden. Alte Systeme waren hierarchisch strukturiert, in denen „die oben“ gesagt haben: Weil wir wissen, wie das läuft, musst du jetzt in der Arbeitsteilung das und das tun.

Stigmergie bedeutet: Leute ordnen sich selber zu. Ich möchte das machen, ich möchte an diesem Produkt arbeiten, also gehe ich da hin. Oder: Ich möchte nicht an dem Produkt arbeiten, aber mich interessiert es, die Infrastruktur zu schaffen, damit andere an diesem Produkt arbeiten können – also mache ich das. Diese Selbstzuordnung erzeugt ein wesentlich höheres Maß an Motivation. Das wurde vom Kapital durchaus erkannt: Wenn Leute für sich selber entscheiden, was sie tun, dann sind sie viel produktiver, dann sind sie begeistert, dann sind sie motiviert. Darauf basiert die stigmergische Selbst-

¹ selbstähnliche Strukturen: Die Elemente bestehen aus ähnlichen Elementen.

auswahl der Tätigkeiten. Tätigkeit ist nur die eine Seite, die andere ist die der Ressourcenflüsse. Die wird aber auch von Menschen organisiert.

Die Vorstellung ist also, dass sich durch eine Ausbildung von Netzwerken von Commons von Commons auf jeder Ebene der Abstraktion und der Organisation Menschen finden, die sich genau darum kümmern, was auch getan werden muss. Das heißt auch, auf großen Ebenen gibt es kleine Gruppen, die sich um bestimmte Dinge kümmern. Mein Paradebeispiel ist die Deutsche Bahn: 200 Menschen reichen aus, um das gesamte Netz der Deutschen Bahn zu betreiben. Diese Rieseninfrastruktur kann inzwischen auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte, der Computertechnik usw. von kleinen Gruppen, also auch von commonsartig organisierten Gruppen betrieben werden.

Das heißt also: Die alte Vorstellung – je größer die Einheit, desto mehr Menschen braucht man, die unglaublichen Aufwand treiben müssen, um Infrastrukturen zu betreiben – diese Vorstellung wird immer weniger richtig. Der Kapitalismus entwickelt sich eher in Richtung einer – ich nenne das – „Infrastrukturalisierung“. Das heißt, es entstehen immer mehr die Produktionsvoraussetzungen dafür, dass die Menschen lokal tätig werden können und die Infrastrukturen, die dafür nötig werden, sind aber keine großindustriellen Aggregate mehr, sondern schlanke Einheiten, die von wenigen betrieben werden können. Es gibt eine Interaktion von lokalen Gruppen – das ist ja auch jetzt schon so, dass sich die Kollegen in den Teams kennen

und direkt miteinander interagieren – nur sind diese in einer polyzentrischen Selbstorganisation nicht mehr in hierarchische oder planerische Strukturen eingebunden, bei denen die Planung getrennt ist von ihrem Handeln, sondern die Planung wird von den Menschen selbst gemacht. Das heißt, es gibt dann keine Zentralplanung, sondern ich spreche von einer Selbstplanung, die eingebettet, eingelassen ist in diese Netzwerkstrukturen.

Ich denke, das wird eine spannende Sache.

Ja. Das ist auch noch am Anfang bezüglich der theoretischen Reflexion, weil es – auch in der akademischen Wissenschaft – nicht viele gibt, die auf diesem Level theoretischer Reflexion daran arbeiten. Das ist leider so. Zum Beispiel hat die vorherrschende Ökonomik keinen Begriff von dem eigentlichen Problem.

Sag bitte noch etwas zu Dir selbst

Ich habe Ingenieurwissen studiert und darin auch promoviert. Parallel dazu habe ich Informatik studiert und dann als Informatiker für die Gewerkschaft im Bereich der Online-Kommunikation gearbeitet. Jetzt bin ich freischaffender Autor und in verschiedensten Commons-Initiativen unterwegs. Meine wichtigste Mitgliedschaft ist das Commons-Institut.² Das ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wie auch Aktivistinnen und Aktivisten außerhalb der etablierten Strukturen, um die Commons-Forschung zu befördern.

Vielen Dank, Stefan.

Das Gespräch führte Wolfgang Borchardt.

Über das Erfordernis, die Energiegesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend zu erneuern

Dieter Brendahl

(siehe hierzu: „Vorschlag Inhaltlicher Eckpunkte eines Gesetzes für dezentrale Energieversorgung aus regenerativen Quellen“)

Mit wachsendem regenerativem Anteil an der Energieversorgung der BRD wächst auch die Unverträglichkeit zwischen dezentraler Erzeugung und Versorgung mit regenerativen Energien und dem Verbundsystem aus atomarer und fossiler Energieerzeugung und -versorgung.

Beide Systeme sind unterschiedlich subventioniert: Während für regenerative Energien mit der EEG-Förderung und der EEG-Umlage auf den Ver-

braucherpreis eine kostendeckende Subvention eingeführt wurde, ist die atomare und fossile Energieerzeugung in bisher nicht offen gelegtem Umfang steuersubventioniert.

Die Subventionierung der Erzeugung regenerativer Energien ist inzwischen kontraproduktiv und sollte aufgehoben werden.

Die Summe der Steuersubvention beträgt ein Mehrfaches der Summe offizieller Endabnehmerpreise. Die exakte Höhe der Steuersubvention für

² siehe <https://commons-institut.org>

Kernenergie und fossile Energien ist nur zum Teil ermittelbar, weil darin die Ewigkeitskosten für Atommüll und Umweltschäden des Braunkohlebergbaus enthalten sind. Gemeinsam für beide Systeme wurden Subventionen für sogenannte Vielverbraucher zu Lasten der Verbrauchermehrheit eingeführt. Undurchsichtige Verbraucherpreise verhindern zusätzlich exakte lokale, regionale und nationale Kosten-Nutzen-Kalkulation.

Hinzu kommt, dass Solar- und Windstrom vom Strombörsenhandel nicht ausgeschlossen sind, obgleich deren Verfügbarkeit naturgemäß nicht vorhersehbar ist. Trennung zwischen handelbarem und nicht vorhersehbarem Stromangebot ist nur nach allgemeinverbindlicher Einführung von Smart Meter Systemen möglich.

Die gegenwärtig bestehende verbindliche Energiegesetzgebung aus

- ▶ Stromversorgungsverordnung (Strom GVV)
- ▶ Stromnetzentgeltverordnung (NEV)
- ▶ Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)
- ▶ Kraft-Wärme-Kopplung Gesetz (KWKG)
- ▶ Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und
- ▶ Konzessionsabgabeverordnung (KAV)

begünstigt die Täuschung, dass Kernenergie und Kohlestrom wesentlich kostensparender als Kernenergie und Kohlestrom sind.

Im EnWG sind preisrechtliche Rahmenseetzungen an privatwirtschaftliche Konzerne übertragen, so dass Zweck und Ziel dieses Gesetzes infolge vorherrschender kapitalistischer Gewinninteressen unerfüllbar sind. Das soll folgende Zustandsschilderung verdeutlichen:

Redispatch ist Bestandteil des vom Stromkartell durchgesetzten undurchsichtigen Strompreissystems. Das EnWG enthält die Forderung, dass Dispatcher der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) die Netzstromeinspeisung und Netzstromentnahme in Übereinstimmung halten müssen. Die dauerhafte Übereinstimmung von Netzstromeinspeisung und Netzstromentnahme ist Voraussetzung für stabilen Netzbetrieb. Dabei kommt es darauf an, dass Differenzen zwischen Netzstromeinspeisung und Netzstromentnahme unverzüglich ausgeglichen werden. Die ÜNB entscheiden, welche Stromabnehmer bei Überangebot zugeschaltet bleiben müssen und welche Stromanbieter vom Netz zu trennen sind. Gleichen sich Stromangebot und

-nachfrage nicht aus, bleibt ein Teil des Stromüberangebotes ungenutzt.

Stromanbieter sind sowohl Atom- und Kohlekraftwerke als auch Anbieter von Solar- und Windstrom. Atom- und Kohlekraftwerke haben u.a. den schwerwiegenden Nachteil, dass sie nicht plötzlich abgeschaltet werden können, sondern in zeitaufwendigen Prozessen herunter geregelt werden müssen. Ebenso zeitaufwendig ist das Wiederhochfahren. Deshalb sind Dispatcher gezwungen, bei Stromüberangebot vorrangig Anbieter von Solar- und Windstrom abzuregulieren, um die Netzstabilität zu erhalten. Kleine Zeitspannen unausgeglichener Stromspeisung und Stromabnahme können bereits Netzabschaltungen für große Verbraucherregionen verursachen.

Die Stromangebote sind mit unterschiedlichen Kosten verbunden. Allerdings profitieren Atom- und Kohlestromangebote von der gesetzlich gestützten Infamie, dass der Bärenanteil der Kosten für Atom- und Kohlestrom von Steuern gedeckt wird. Die Höhe dieses Steueranteils zu Gunsten der Konzerne wird nicht veröffentlicht.

Ungenutztes Stromüberangebot ist mit Geldverbrennung gleichzusetzen, wenn die Kosten für die Erzeugung des Stromüberangebotes nicht durch dessen Nutzung gedeckt werden. Das EnWG erlaubt, dass die Kosten für nicht genutztes Stromüberangebot in den Strompreis einbezogen werden. Endabnehmer bezahlen damit die Verbrennung von inzwischen 2 Mrd. Euro im Jahr. Das EEG gibt vor, dass „Vielverbraucher“, insbesondere Konzerne, von diesen Kosten befreit werden. Sie sind nach Lage der Dinge vom Kartell der Energieversorgungsunternehmen (EVU) und ÜNB verursacht. Nur Speicherung von Stromüberschüssen ist ein Ausweg aus diesem Dilemma. Bei ausreichender Kapazität der Speicherreservoirs für wetterbedingte, tageszeitliche und jahreszeitliche Schwankungen von Sonne und Wind kann auf Atom- und Kohlekraftwerke völlig verzichtet werden, sofern die Erschließung regenerativer Energien beschleunigt wird.

Von „unabhängigen“ Wirtschaftsinstituten wird allerdings kolportiert, dass erst bei mehr als 40 %

2 https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Broschueren/Smart-Meter-Gateway.pdf?__blob=publicationFile

Anteil erneuerbarer Energien in Stromspeicher investiert werden muss.

Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung, nach der jeder Kapazitätswachst fluktuierender Energien mit entsprechendem Zuwachs von Speicherenergie verbunden sein muss, nutzt das Kartell der EVU und ÜNB, um Atomkraftwerke (AKW) und Braunkohlenverstromung langfristig als „Brückentechnologien“ weiter zu betreiben. Sie haben dazu die Unterstützung der Regierungskoalition, von der die Internalisierung der externen Kosten für Atom- und Kohlestrom in den Strompreis abgelehnt wird. Sie werden weiterhin auf die Steuerzahler abgewälzt.

Damit unterstützt die Regierungskoalition indirekt Insolvenzverschleppung.

Im Vorfeld zur Bundestagswahl 2017 wäre das Fehlen einer dem Pariser Klimaschutzabkommen entsprechenden Energie-Gesetzesinitiative von Parteien, die unabhängig von Konzernspenden und interessengeleiteten Wirtschaftsinstituten sind, ein unverzeihliches Versäumnis. Die gültigen Energiegesetze und ihre Novellierung sind der Erhaltung kurzfristiger, größtenteils betrügerischer Gewinne der Konzerne und ihrer Machterhaltung geschuldet, führen aber letztendlich zu deren Selbsterstörung.

Vorschlag Inhaltlicher Eckpunkte für die dezentrale Energieversorgung aus regenerativen Quellen

Dieter Brendahl

Mit diesem Gesetz sind folgende Zielstellungen verbunden:

1. Einführung unbürokratischer Genehmigungsverfahren für abgaben- und steuerfreie Energie-Eigenversorgungsanlagen aus regenerativen Quellen
2. Ausschluss des Börsenhandels mit Wind- und Solarstrom
3. Verzicht auf Abgaben und Steuern für die Nutzung von Solar- und Windenergie
4. Lokale Transparenz kostenrealer unterschiedlicher Strompreise in autonomen intelligenten Netzen mit Smart Meter Systems (intelligenten Stromzählern)
 - ▶ nach Strombezug aus unterschiedlichen Quellen (PV- Windkraft- oder Speicherstrom)
 - ▶ für unterschiedliche (entfernungsbezogene) Stromtransportkosten
 - ▶ für unterschiedliche Inanspruchnahme von Systemdienstleistungensiehe hierzu „Das Smart-Meter-Gateway¹“
5. Verhinderung der Deckelung des Ausbaus von PV- und Windkraftanlagen durch staatliche Eingriffe, die dem Kartell der Energieversorger und Übertragungsnetzbetreiber geschuldet sind
6. Rückbau der EEG-Umlage, indem Gläubigern für Einspeisevergütung als Äquivalent die Finanzierung von Batteriespeichertechnik zur Eigenversorgung angeboten wird

7. Nutzung der Kosten- und Preisdegression durch massenhaften Einsatz von PV-Anlagen, Batteriespeichereanlagen, Elektrolyseuren und Brennstoffzellen

Im neuen Gesetz muss verordnet werden, dass Verursacher von Folgeschäden der Energieerzeugung in zweckgebundene staatliche Fonds einzahlen, um die Beseitigung der Folgeschäden zu finanzieren.

Das aktuelle gesetzlich legitimierte Verfahren, nachdem die Verursacher selbst über Rückstellungen unversteuerter Gewinne für verursachte Folgeschäden verfügen, verpflichtet den Staat, unternehmerisches Missmanagement zu belohnen.

Der verweigerte Umstieg des Kartells auf regenerative Energien und Energiespeicherung führt unvermeidlich zur Zahlungsunfähigkeit der beteiligten Energieversorgungsunternehmen. Nur eine Regierung, die ihre Gemeinwohlverpflichtung nicht ernst nimmt, erhebt in diesem Fall Steuern zur Unternehmensrettung.

Besteuerung der Energieversorgung und steuerfinanzierte Kriegsbeteiligung für Zugang zu Erdöl, Erdgas und Kohle sind die wahren Ursachen gegenwärtiger Flüchtlingsströme. Darüber muss die Öffentlichkeit aufgeklärt werden, um rationale Wahlentscheidungen zu ermöglichen.

Illegale Kriege

Wie die Nato-Länder die UNO sabotieren - Eine Chronik von Kuba bis Syrien

Rezension von Dieter Brendahl



In den offiziellen Medien führt die NATO ausschließlich Kriege gegen den Terror. Dass es sich im Grunde um Ressourcenkriege, insbesondere um Kriege um Verfügbarkeit von Gas und Öl handelt, wird auch von Regierungsvertretern ständig verschwiegen. Mehr als 400 000 Tote und mehrere Millionen

Flüchtlinge wurden Opfer von inszenierten Versuchen, die gewählte Regierung Syriens zu stürzen. Daniele Ganser hat 13 Kriege akribisch untersucht und festgestellt, dass sie von den USA und anderen NATO-Ländern entgegen der Charta der Vereinten Nationen auf verbrecherische Weise geführt wurden - stets ohne Konsequenzen.

Sein Buch ist im Herbst 2016 erschienen und enthält bereits die Feststellung, dass die Krim nicht durch Annexion, sondern durch Sezession von Russland erobert wurde, nachdem mit Unterstützung von US-Geheimdiensten der gewählte Präsident der Ukraine Janukowytsh gestürzt worden war.

Dr. Ganser begeistert als hervorragender Redner sein Publikum. Wiederholt wurde erfolglos versucht, seine Glaubwürdigkeit zu untergraben, indem ihm Verschwörungstheorien unterstellt werden. Tatsächlich enttarnt er Verschwörungen.

Weil er sich durch Wort und Tat für 100 % erneuerbare Energien einsetzt, bleiben ihm in Deutschland Hörsäle verschlossen, obgleich er eindrucksvoll Wege zum Verzicht auf fossile Energieträger und gegen eine menschengemachte Klimakatastrophe aufzeigt.

Das Buch ist ein unverzichtbares Nachschlagewerk für Machtmissbrauch und Kriegsursachenforschung.

Daniele Ganser: "Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren - Eine Chronik von Kuba bis Syrien", Verlag: Orell Füssli, 2016, 370 Seiten, 25€, ISBN 978-3-280-05631-8

Beiträge zur Umweltpolitik Nr. 26

„Politische Begriffe und ihre Anwendung in der Ökologie“

Rezension von Hermann Franz

Es ist ein lobenswertes Anliegen, ein solches Thema anzugehen. Eine solche Broschüre kann sich natürlich nicht zu allen gängigen Begriffen äußern - und eine Verwendung alternativer Begriffe wird sicher in vielen Fällen schwierig werden und sich wohl (leider) auch nicht durchsetzen. Die Broschüre bietet jedenfalls genug Stoff zum Nachdenken. Der Titel der Broschüre ist sehr unglücklich gewählt. Statt den naturwissenschaftlichen Begriff

Ökologie zu verwenden, hätte man Sozialökologie oder Zivilisationsökologie schreiben müssen, da es um den interdisziplinären Zusammenhang mit Fragen der Gesellschaft geht. Eine solche Bezeichnung ist den meisten Lesern sicher nicht geläufig, deshalb wäre ein Titel wie „Umweltrelevante Begriffe und ihre Anwendung in der Politik“ oder „Begriffe und ihre Anwendung in der Umweltpolitik“ sicher besser gewesen.

An dieser Stelle seien ein paar kurze Bemerkungen dazu, insbesondere zum Abschnitt „Anthropozän“ erlaubt, die sich bei der Lektüre aufgedrängt haben. Der Begriff Anthropozän wird relativ ausführlich erläutert. Mit diesem Begriff haben Geologen schon Probleme, der Terminus ist aber für viele noch tragbar, solange man keine gesellschaftlichen Formationen mit hineinmischt. Denn dass das (geologische) Zeitalter der Beeinflussung der Umwelt durch den Menschen begonnen hat, ist sicher unstrittig. Aber wieso wird im Text kritisiert, dass dieser Begriff nicht politisch und wertend ist? Er definiert schließlich keine Gesellschaftsformation. Und geologische Termini können und sollen keine konkreten politischen Wertungen tragen. Sie sind schließlich für sehr lange Zeiträume, zumindest einige Tausend Jahre, gedacht.

Die von einigen Linken bemühte Begriffsprägung „Kapitalozän“ ist politisch und wertend, passt aber gar nicht und wirkt eher kontraproduktiv, wie ja auch in der Broschüre ausgeführt wird: In der Broschüre fehlt an dieser Stelle der Verweis darauf, dass, wenn man die heutige Etappe der Entwicklung des Kapitalismus kritisieren will und ja auch sollte, man beim Begriff des Imperialismus ansetzen und sich nicht auf Erdzeitalter („Kapitalozän“) zurückziehen kann. Das ist eine Begriffsbildung auf völlig falscher Ebene. Und der dann angeführte Begriff eines End-Erdzeitalters „Nekrozän“ suggeriert im Gegensatz zum „Kapitalozän“ sogar den Abgesang auf die Menschheit, eine zutiefst pessimistische Sicht, die jeden weiteren Kampf um die Erhaltung der Erde für das Leben und auch die Menschheit von vornherein als zwecklos deutet.

Irritierend bleibt, wie schon ausgeführt, warum man gesellschaftliche Entwicklungen bzw. Gesellschaftsformationen unbedingt in Erdzeitalter fassen will. Für die marxistische Wissenschaft steht natürlich immer die Aufgabe, eine umfassende aktuelle Bewertung des jetzigen Status des Kapitalismus vorzunehmen. Aber Endungen auf „zän“ bezeichnen eben Zeiteinheiten (Epoche/Stufe oder Alter/Serie) in den geowissenschaftlichen Zeitskalen. Die jetzt erreichte Stufe des Imperialismus als „höchstem Stadium des Kapitalismus“ könnte man als „Zeitalter des zerstörenden Kapitalismus“ charakterisieren: aus ökologischer Sicht als globalen nekrophilen, anthropo-, öko- oder geoziden Kapitalismus: Weltumspannende Monopole, die die Poli-

tik außer Kraft setzen, die Umwelt massiv schädigen und verändern, Billionen an fiktivem Kapital um den Erdball jagen, durch die Möglichkeiten der Digitalisierung mittels umfassender Überwachung die Demokratie vollständig beerdigen und die Menschen mit Werbung manipulieren, so dass sie endgültig zu Objekten und zum Spielball einer gewissen- und verantwortungslosen, egozentrischen Wirtschafts- und Politikaste werden, immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse, vermehrte Armut und anwachsende Migrations- und vor allem Fluchtbewegungen... Hier wäre der Punkt, wo eine entsprechende ökologische Bewertung erfolgen sollte, um die Kritik am „modernen“ Kapitalismus zu schärfen. Die Zukunft nach einem kapitalistischen Zeitalter wird ganz kurz angerissen mit dem Begriff der „Noosphäre“ und damit „Vernunftzeitalter“. Eigentlich bezeichnet dieser Begriff allerdings die die Ökosphäre und die Geosphäre überlagernde menschliche Vernunftssphäre, ist also eher als örtlicher Zustand aufzufassen (der natürlich nicht unabhängig von der Zeit existiert). Da hätte es eigentlich auf der Hand gelegen, den Begriff „Kommunismus“ an dieser Stelle zu erwähnen, aber vielleicht hätte das zu weit geführt. Andererseits wäre es - in Ergänzung zum „Framing“ - ein schönes Beispiel zum Umgang von traditionell von Linken verwendeten Begriffen gewesen, die vom Mainstream umgedeutet und verunglimpft werden, und bei denen es für Linke und Die LINKE darauf ankäme, hier nicht die kapitalistischen und neoliberalen Positionen zu übernehmen, sondern den Begriff weiterhin für sich positiv und aktiv zu nutzen. Denn welchen Aufschrei gab es auch unter vielen „Linken“, als vor ein paar Jahren Gesine Löttsch 2011 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz über Wege zum Kommunismus nachdachte? Offenbar haben sich auch etliche, die sich zu den Linken zählen, diesen Begriffswandel zu eigen gemacht, so dass er als Synonym für Stalinismus und Diktatur interpretiert wird. Da bleibt nur zu hoffen, dass dies eher unbewusst bzw. aufgrund mangelnder theoretischer Kenntnisse geschieht. Denn die andere Option, dass viele Linke sich so gut im Kapitalismus eingerichtet haben - Karriere, Konsum ..., dass sie - genau wie viele Christen seit vielen Jahrhunderten - bewusst ihre eigenen Grundsätze verraten, wäre Pessimismus - oder doch eher Realismus, wenn man sich die Sozialdemokraten oder

die Grünen anschaut? Kapitalistischer „Konsumismus“ wird uns jedenfalls mit Sicherheit in den Abgrund führen. Und bei den Sozialdemokraten findet sich selbst der Begriff Sozialismus inzwischen nicht mehr im Programm.

Für den Begriff „Smart City“ hätte man sich ein etwas ausführlicheres Statement als den lapidaren Satz „Das Konzept Smart City löst die Umweltprobleme nicht dauerhaft.“ gewünscht. Denn „Smart City“ erinnert stark an das Wunschdenken vergangener Jahrzehnte, dass die Technik die Probleme schon richten wird. Dabei wäre z.B. momentan die Konzentration von Investitionen auf eine optimale Wärmedämmung vorhandener Gebäude wesentlich sinnvoller als eine Ausweitung von sogenannten smarten Lösungen. Wenigstens im Glossar wird dann auch auf die massiven Datenschutzprobleme hingewiesen.

Die Themen „Smart City“/„Smart Home“ würden sich vielleicht für eine eigene Broschüre der Reihe anbieten ...

Übrigens ist der Deutungsrahmen von Begriffen nicht nur in der Umweltpolitik wichtig. Oder was meinen Sie, warum man heute nicht mehr von „Raubvögeln“ und „Unkräutern“, sondern stattdessen von „Greifvögeln“ und „Wildkräutern“ redet? Insgesamt eine lesenswerte Broschüre, die man als umweltpolitischer Interessierter unbedingt lesen sollte.

Beiträge zur Umweltpolitik Nr. 26 „Politische Begriffe und ihre Anwendung in der Ökologie“, Januar 2017; Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; 2017

Reinhard Loske: Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende

Rezension von Edgar Göll

Überfällig: Ökologisch und sozial – Politik für eine Nachhaltigkeitswende

Historische Entwicklungen und natürliche Prozesse halten sich selbstverständlich nicht an disziplinäre oder Ressortgrenzen oder an Parteigrenzen. Und sie orientieren sich nicht an den Grenzen der Auffassungsgabe und des Verständnisvermögens von Menschen. Und auch nicht an Wahlperioden, Unternehmensbilanzabschlüssen und Wahrnehmungsrastern von profitorientierten Massenmedien. Leider, denn das ist das existenziell Bedrohliche für die Menschheit: Die in Jahrtausenden praktizierten und sich langsam ändernden Lebens- und Produktionsweisen vernichten (meist) mit Unschuldsmiene und Achselzucken Schritt für Schritt die menschlichen Existenzgrundlagen auf unserem Planeten. Alle bisherigen Versuche einer Umsteuerung, eines sozial-ökologischen Umbaus, einer wirklich nachhaltigen Entwicklung – wie es seit 1992 auf dem UN-Erdgipfel in zahllosen Dokumenten formuliert und (unverbindlich) proklamiert und zugesagt worden ist, haben zwar zu kleinen Erfolgen geführt, die aber den Herausforderungen nicht gerecht und noch dazu viel zu langsam umgesetzt und verbreitet werden. Zugespitzt formuliert: „Der größte Widerspruch unserer Zeit ist die Fähigkeit

der menschlichen Gattung, sich zu zerstören, und ihre Unfähigkeit, sich zu regieren.“ (Fidel Castro Ruz, „Unsere Pflicht zu kämpfen“, Sammlung Intellektueller. Internationale Buchmesse, Havanna 2012) Es bedarf also dringend einer zukunftsfähigen Politik, einer Sustainable Governance.

Dies zu bedenken ist auch in etwa das Ziel des Buches von Loske: Wie könnte die dringend erforderliche Wende zu einer nachhaltigen Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden, wie kann sie herbeigeführt und hergestellt werden? „Ich will (...) in mehreren Schritten versuchen, die Umrisse einer Politik der Zukunftsfähigkeit zu entwickeln.“ (S. 38) Und weiter: „Wie kann es gelingen, positive Nachhaltigkeitsentwicklungen aus der Nische in den Hauptstrom der Gesellschaft zu führen? Welche Rolle spielen dabei Aussteiger, Lebensstilpioniere, oder Technikfreaks, aber auch Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und vor allem die politischen Rahmensetzer?“ (S. 39)

Reinhard Loske ist Professor für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Zuvor war er Umweltsenator in der Landesregierung von Bremen, Mitglied des Bundestags für die Grünen und lange Jahre Forscher im Wuppertal-Institut. Diese Kombination



durchzieht das Buch, und ermöglicht sehr reflektierte Beschreibungen der Problemlagen und Herausforderungen, sowie interessante und durchdachte Vorschläge.

Eingangs werden einige der wesentlichen Herausforderungen für eine Politik der Zukunftsfähigkeit im 21. Jahrhundert thematisiert. Darauf aufbauend werden die vorherrschenden Reaktionsmuster beschrieben, die sehr stark auf „technologische Scheinlösungen“ setzen. Besonders eindrucksvoll ist der Abschnitt, in welchem Loske an den Beispielfällen Energiewende, Agrarwende und Verkehrswende sehr plausibel erläutert, weshalb bisherige Politik und Aktivitäten bei weitem nicht ausreichen (S. 71f). In einem umfangreichen Kapitel werden ausführlich die wesentlichen politisch zu setzenden Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften beschrieben und diskutiert. Bezugnehmend auf Karl Polanyi und Elmar Altvater geht es dabei um die Wiedereinbettung der Ökonomie in Natur und Gesellschaft, um die Wieder-Indienstnahme des Wirtschaftens für gesellschaftliche Belange und Entwicklung. Der Autor moniert

„die zunehmende Reduktion von Politik auf Wirtschaftsförderung“ (S.226). Hier wird besonders deutlich, dass sich der Autor schon sehr lange und eingehend mit den einzelnen Aspekten beschäftigt hat, und zwar sowohl wissenschaftlich als auch politisch. Die einzelnen Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens und deren Voraussetzungen und mögliche Effekte werden differenziert betrachtet und gegeneinander abgewogen. Der Autor arbeitet mit einem erfreulich weiten, umfassenden Begriff von Wirtschaft: „Die Wirtschaft, das sind eben nicht 30 DAX-Konzerne und ihre Gewinnaussichten, sondern Millionen von Menschen, die tätig sind und etwas unternehmen, die produzieren, konsumieren und prosumieren.“ (S.167) Im Laufe der Argumentation wird deutlich, dass es kein „Allheilmittel“ für nachhaltiges Wirtschaften gibt, sondern dass aufeinander abgestimmte Politiken und Maßnahmen erforderlich sind, die zwar von der Politik gestaltet werden, die aber sehr von den Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft beeinflusst werden und von deren Handlungsbereitschaft abhängen. Dabei geht Loske ergänzend auf grundsätzliche, philosophische Aspekte ein, wie Freiheit, Gerechtigkeit und den Bezug auf Werte insgesamt. Dazu wird immer der gesellschaftliche, ja der kulturelle Kontext berücksichtigt, inklusive der Aktivitäten der Medien: „Die Werbeflut müsste in den öffentlichen Medien stark eingeschränkt und in den privaten Medien und dem Internet mit angemessen hohen Steuern belegt werden. Werbung im Umfeld von Kindersendungen, die einzig dem Ziel dient, Kinder möglichst früh auf das Konsumideal zu trimmen, sollte ganz verboten werden. All das wäre kein Eingriff in die Freiheit der Information, sondern eine Befreiung von permanenter Belästigung durch Konsumprediger.“ (S.166) Und hier wird auch der Bereich der Erwerbsarbeit und anderer Arbeitsformen thematisiert. „Die zunehmend kuriose und gesellschaftlich krank machende Situation, dass wir unter Hochdruck arbeiten, um uns Dinge zu kaufen zu können, die wir nicht brauchen, von Geld, das wir nicht haben, mit Krediten, die uns belasten, um Leute zu beeindrucken, die wir nicht kennen, könnte durch das neue Mischverhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenzeiten zu einem guten Teil entkrampft werden.“ (S.187) Ansetzend an diesen Analysen und Reflexionen, in deren Verlauf bereits Alternativen für eine andere

Politik eingebracht werden, stellt der Autor mehrere Vorschläge zur Diskussion. Und auch hier werden sie nicht pauschal, isoliert und idealisiert präsentiert, sondern auch ihre Voraussetzungen und Probleme diskutiert. Wiederum kommt der breite Erfahrungsschatz Loskes zum Ausdruck: Politik und Wissenschaft und immer wieder Bezüge zu gesellschaftlichen Initiativen und Projekten werden berücksichtigt. Es geht um diskursive Politik, um Partizipation und Verbindlichkeit (S. 239), die die vielen Aktivitäten in Städte und Gemeinden, die teilweise als Reallabore für eine Nachhaltige Entwicklung fungieren. Aber nicht nur bottom-up-Strategien sind Teil einer zukunftsfähigen Politik. Zugleich gilt es nach Ansicht von Loske, auch die traditionellen Institutionen und Verfahren zu verändern: es braucht „rezeptive Politikinstitutionen“ (S. 249). Die Handlungsfähigkeit von Politik ist durchaus gegeben, aber leider nicht für Nachhaltigkeit: „Wenn das Klima eine Bank wäre, wäre es längst gerettet! Die Botschaft: Die ‚systemrelevanten‘ natürlichen Lebensgrundlagen sind der Politik offenbar weniger wichtig als die ‚systemrelevanten‘ Banken. Was für ein Verständnis von Systemrelevanz!“ (S.37)

Ein herausragender, weitgehender Vorschlag ist die Schaffung eines „Bundesministeriums für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz“ (S. 234). Anlass für die Anregung ist die Beobachtung, dass es in der Bundesrepublik zwar eine recht gut ausgebaute Architektur von Institutionen gibt, dass aber „das Ganze auf das operative Handeln der Ressorts keinen oder nur sehr geringen Einfluss hat.“ (S. 235) Dieser Befund wird bestätigt durch einschlägige Fachliteratur sowie diverse Forschungsergebnisse des Rezensenten. Diese „institutionelle Schwäche der Nachhaltigkeit“ können nach Einschätzung von Loske durch drei Maßnahmen überwunden werden. Das wäre erstens die Einrichtung eines „Superministeriums“, das nicht nur für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, sondern auch für wichtige Bereiche wie Elektrizität, Verkehr und Wohnungsbau zuständig wäre. Es hätte die Kompetenz, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeitsziele in allen Sektorpolitiken eingehalten werden. Zweitens wäre ein Nachhaltigkeits- und Klimaschutzgesetz durchzusetzen, das verbindliche Ziele vorgibt, die bei Zuwiderhandlungen geahndet werden könnten. Und drittens würden Nachhaltigkeit und

Klimaschutz im Grundgesetz in den Rang von Grundrechten aufgenommen. Auf solch einer Basis wäre ein Stabilitäts- und Nachhaltigkeitsgesetz einzuführen und ein mit starken Kompetenzen ausgestatteter Nachhaltigkeitsrat aufzubauen, der z.B. mit Vetorechten ausgestattet wäre (S. 236).

Dies alles wird von der Überzeugung geleitet, „dass es einen Primat der Ökologie in dem Sinne geben muss, dass sich die soziale Entwicklung von Gesellschaften an den gegebenen Naturbedingungen ausrichten hat.“ (S. 39) Die Erfahrung zeigt allerdings, dass soziale Dimension und die ökologische Dimension zusammen zu denken nicht einfach ist. Noch voraussetzungsvoller ist es, danach zu handeln, zumal in einem kapitalistischen System, welches einer anderen, einer zerstörerischen Logik und Zielperspektive folgt: Profit, Expansion und Wachstum.

Von der Deutschen Umweltstiftung wurde der Band zum „Umweltbuch des Jahres 2016“ auserkoren. Diese Auszeichnung geht jährlich an ein Buch oder mehrere Bücher, die im Laufe des Jahres eine deutliche Wirkung auf das Umweltbewusstsein in Deutschland entfaltet haben. Und das Buch kann als wesentlicher Baustein für eine Konzeption von „Rot-Rot-Grün“ gelten und sollte entsprechend genutzt werden. Dabei gibt es zahlreiche Überschneidungen mit Konzeptionen und Diskursen aus der LINKEN und ihrem Umfeld, wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung (z.B. „Plan B“, Publikationen von Hans Thie, Rolf Reißig). Bemerkenswert ist, wie relativ häufig Loske Bezug nimmt auf linke Theoretiker, vor allem auch Karl Marx, wenngleich auch in skeptischer Haltung. „Kapitalismus ist ein intelligentes Biest.“ (S.91) Dieses „Biest“ zu bändigen und eine nachhaltige Entwicklung zu realisieren, kann wohl nur mit einer angemessenen Politik, mit neuen Akteurskonstellationen und neuen institutionellen Arrangements erreicht werden. Interessante Anregungen sind zwischen den beiden Buchdeckeln dieses Bandes zu finden. Eine sehr empfehlenswerte Lektüre für „Systemveränderer“.

Reinhard Loske: Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende; Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2015, 257 Seiten, Taschenbuch, 12,99€, ISBN: 978-3-596-03221-1

Für seine Recherchen besuchte der Journalist Walbach, eines von drei Bücherdörfern im Elsass. Eine Jury entschied dort, welche literarisch wertvollen Bücher auf äußerst haltbarem Hanfpapier nachgedruckt werden, um der Nachwelt erhalten zu bleiben. Die übrigen handelte man in Tauschbörsen. Druckmaschinen, über 70 Jahre alt, funktionierten noch immer zuverlässig. Im Gespräch wird er darauf aufmerksam gemacht, dass man in China Hanfpapiere fand, die noch aus der Zeit von vor Christi Geburt stammen. Hier in Walbach wurden elektronische Lesegeräte aus der ganzen Region ausgewertet mit Blick auf die Rettung von Büchern. Immer mehr Druckwerke liefen Gefahr, für immer verloren zu gehen.

Das Buch knüpft an Flecks frühere Romane „Das Tahiti-Projekt“ und „Maeva“ an, setzt deren Lektüre zum Verständnis jedoch nicht zwingend voraus. Die Passagen, die sich auf literarische Figuren aus dem ökologisch gewandelten Südseeland beziehen, gewinnen jedoch an Reiz, wenn man die Vorgeschich-

te kennt. Die einstige Präsidentin Ökologisch-Polynesiens Maeva bekommt kurze Auftritte. Diskutiert wird, ob sogenannte Wolkenschiffe helfen könnten, den globalen Temperaturanstieg durch die reflektierende Wolkenbildung zu mindern. Sie wendet ein, das damit viel Konfliktpotential zwischen den Ländern geschaffen würde. Freilich, sollte die globale Verdunkelung durch Rußpartikel etc. wirklich einen erheblichen Teil des Treibhauseffektes verbergen, wird das für die Zivilisation zum Waterloo, wenn die Verdunkelung in Krisenzeiten nicht mehr erfolgt. Falls die Ressourcen reichen, könnten der letzte Rettungsanker zu diesem Zeitpunkt den Treibhauseffekt dämpfende Methoden sein. Diese literarische Reise in die Zukunft ist über weite Strecken spannend, verlangt aber ein hohes Maß an Mitdenken, um dem subversiven Geist dieses Romans folgen zu können.

Dirk C. Fleck: Feuer am Fuß, Roman, Verlag p. machinery, 353 Seiten, br., 14,90 €
Quelle: Neues Deutschland, 7.12.2016

Die 10 Gebote der Ökologie

Rezension von Götz Brandt

„Der Doyen der deutschen Umweltforschung“ (DER SPIEGEL) Friedrich Schmidt-Bleek hat eine „Bibel des Umweltschutzes“ (Klappentext) verfasst und 10 Gebote der Ökologie zur Anwendung empfohlen. Für das Überleben der Menschheit sind diese Gebote genauso wichtig wie die christlichen Zehn Gebote. Das christliche Gebot, sich die Erde untertan zu machen, sollten wir nicht mehr befolgen, sondern endlich begreifen, dass wir ohne Erhalt der Vielfalt des Lebens nicht existieren können. Wir müssen aufhören, die Ökosphäre zu übernutzen: „Die gegenwärtig maßlose Vernutzung natürlicher Ressourcen ist die ökologische Ursünde des Menschen“ und „Beim Schutz der Schöpfung gibt es ein ‚zu spät‘“. Aus diesen Erkenntnissen heraus wurden die 10 Gebote formuliert, die Jedermann auch anwenden und somit einen Beitrag zur Rettung der Menschheit leisten kann.

Du sollst die Lebensräume aller Lebewesen achten. Der Autor kommt zur Erkenntnis, dass die Vernutzung der Ressourcen und ihr hemmungslöser Raubbau nur der Maximierung von Gewinnen auf dem Weltmarkt dienen. Die gegenwärtige ungenügende nachsorgende Schutzpolitik kann die

Ökosphäre nicht sichern. Auf dem begrenzten Planeten ist ein ungebremstes Wachstum nicht möglich. Schmidt-Bleek kann sich aber nicht durchringen, die Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu fordern, sondern empfiehlt, jeder und jede sollte den Mengenverbrauch an Natur senken, weniger kaufen, Dinge lange nutzen, sparsam mit allen Ressourcen umgehen.

Du sollst natürliche Ressourcen sparen. Wir verhalten uns beim Rohstoffverbrauch so, als hätten wir noch drei weitere Erden in Reserve. Dabei werden viele Rohstoffe jetzt schon knapp, unter anderem Baukies, Wasser und Wald. „Wir müssen Ideen und Verfahren entwickeln, um mit erheblich weniger natürlichen Ressourcen auszukommen“.

Du sollst auf den ökologischen Rucksack achten. Der „Rucksack“ eines Produktes umfasst alle Massen und Energie, die für die Fertigung eines Produktes notwendig sind. Durch Öko-Innovationen kann ein minimaler Einsatz von Ressourcen erreicht werden. Besonders schwer sind die Neuentwicklungen wie z.B. das Smartphone, das 600 kg Ressourcen auf 1 kg Handy verbraucht. Wir müssen bei unseren Anschaffungen und Dienstleistungen



immer die Inanspruchnahme der Umwelt beachten. Die Endverbrauchenden können den Rucksack zwar nicht beeinflussen, aber entscheiden: kaufen oder nicht kaufen. Generell sollten wir alle Produkte länger nutzen und reparieren.

Du sollst an die Natur denken, bevor du etwas anschaufst. Möglichst keine Wegwerfprodukte oder Waren mit begrenzter Haltbarkeit (geplante Obsoleszenz) kaufen. Mieten statt kaufen.

Du sollst nur besitzen, was du wirklich brauchst. Die Werbung drängt zum Kauf von Produkten, die wir eigentlich nicht oder nur selten nutzen. Es gibt keine umweltfreundlichen Produkte, sondern nur mehr oder weniger umweltfreundliche. Nutzen statt besitzen.

Du sollst um den Faktor 10 reduzieren. Während der Klimawandel heute von der Politik als Problem erkannt wurde, werden die notwendige Ressourcenwende und auch die Energiewende völlig vernachlässigt. Eine Dematerialisierung um den Faktor 10 ist eine dringende Vorsorgemaßnahme.

Du sollst Abfall und Emissionen vermeiden. Jeder und jede sollte das eigene Konsumverhalten überprüfen und möglichst Verpackungen meiden.

Du sollst ökologisch essen. „Unsere maßlose Ernährungsweise ist für ein Drittel unseres Ressour-

cenverbrauchs verantwortlich“. Die Parole ist: Saisonal, lokal und regional. Der Anteil tierischer Produkte am ernährungsbedingten Flächenfußabdruck beträgt fast 70 %. Deshalb sollte sich jeder so weit wie möglich vegetarisch ernähren. Nichts wegwerfen. Ein Drittel aller Lebensmittel landen in Deutschland in der Abfalltonne.

Du sollst dich ökologisch fortbewegen. Ein Auto der Mittelklasse, das etwas über eine Tonne wiegt, hat einen ökologischen Rucksack von 40 Tonnen. „Die Prämie, die in den Ausbau der Elektromobilität fließt, ist eine Fehlinvestition“. Die Elektroautos, die von der Autoindustrie entwickelt wurden, haben einen größeren Fußabdruck als die Autos mit Verbrennungsmotoren.

Du sollst dich informieren. „Solange die Vernutzung der Natur nichts kostet, werden die entstehenden Kosten in wirtschaftlichen Entscheidungen nicht berücksichtigt“. Weder die Unternehmen, noch die Verbraucher_innen werden angehalten, zu haushalten. Die Naturvernutzung in unseren Produkten ist ökonomisch unsichtbar. Deshalb muss der Naturverbrauch besteuert werden.

Schmidt-Bleek kommt zu den Schlussfolgerungen aus seinen Geboten: geeignete Technik entwickeln, wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen und ein entsprechendes Konsumverhalten anerkennen. „Noch sind wir Gefangene einer Zivilisation, die mehr oder weniger dazu zwingt, die Umwelt zu zerstören“. Da wären wir dann bei Marx angelangt, der die Auffassung vertrat, dass der Kapitalismus die Natur und den Menschen zerstört. Wir sollten also noch ein 11. Gebot hinzufügen: Du sollst dich von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung befreien.

Dieses Buch ist eine gute Einführung für Schüler_innen und Erwachsene, die sich bis dahin wenig um ökologische Fragen gekümmert haben. Sie bekommen einfache und einleuchtende Handlungsanweisungen, wie sie sich in dieser „Zivilisation“ verhalten sollten. Da es aber keine Empfehlungen gibt, wie die wirtschaftlichen Ursachen der maßlosen Naturvernutzung beseitigt werden können, reicht die Befolgung der empfohlenen Zehn Gebote nicht aus, um den Untergang dieser Zivilisation zu stoppen.

Friedrich Schmidt-Bleek: Die 10 Gebote der Ökologie. 2016. ISBN 978-3-453-28086-1, 19,99 €

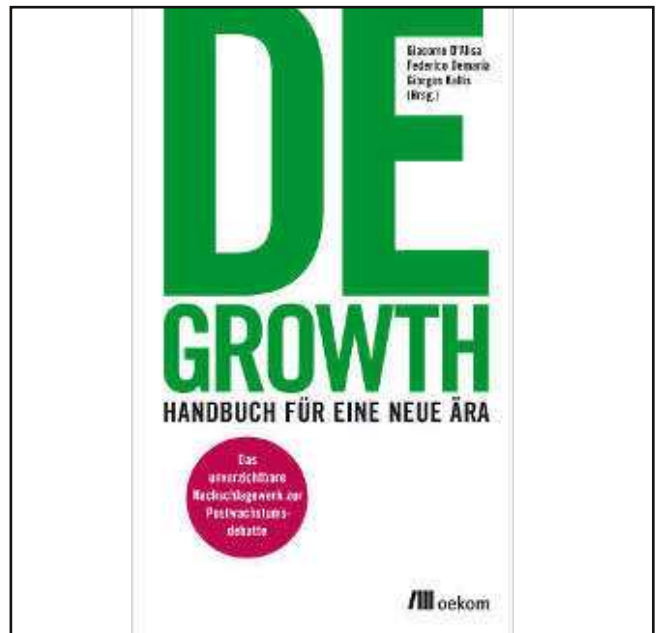
Degrowth. Handbuch für eine neue Ära

Rezension von Werner Rätz

Das Institute of Environmental Science and Technology an der Autonomen Universität Barcelona ist ein weltweiter Knotenpunkt der Degrowthdebatte. Alle drei Herausgeber des hier zu besprechenden Nachschlagewerks sind dort beschäftigt und waren vorher oder sind noch parallel an anderen Orten der Welt in der Umweltforschung und auch politisch in der Degrowthbewegung aktiv. Sie sind nicht nur selbst erfahrene Experten, sondern verfügen auch über umfassende Kontakte, sodass sie für ihr Buch herausragende Autorinnen und Autoren gewinnen konnten. Diese stammen ganz überwiegend aus der Englisch und Spanisch sprechenden Welt. Die jüngsten Entwicklungen in der deutschsprachigen Diskussion, die sich im Zuge und Gefolge der Leipziger Konferenz 2014 ergeben hat, findet keine Resonanz im Buch. Das ist schade, aber kein Beinbruch, da sie ja deutschen LeserInnen anderweitig zugänglich ist.

Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert (Grundlagen, Der Kern, Handeln, Bündnisse), von denen der zweite mit 24 Stichworten fast die Hälfte aller Beiträge ausmacht. Weitere 17 Texte beschäftigen sich mit den Handlungsmöglichkeiten, acht mit Grundlagen und vier mit Bündnissen. Dazu kommen eine Einführung und ein Nachwort der Herausgeber, ihr Vorwort zur englischen Ausgabe von 2014 sowie ein neues Vorwort von Nico Paech für die vorliegende deutsche Übersetzung. In der Regel gibt es vier bis fünf Seiten Platz für jedes Stichwort. Das führt dazu, dass man einen guten Überblick über die Debatte bekommt, viele Aspekte, Themen sind berücksichtigt. Das Buch ist zwar nicht dazu gedacht, dass die Beiträge der Reihe nach von vorne bis hinten durchgelesen werden. Aber wer alle zur Kenntnis genommen hat, wird das Gefühl haben, dass das Themenfeld rund ist. Die Herausgeber haben offensichtlich einen großen Aufwand getrieben, dass ein komplettes Bild entsteht. Die einzelnen Beiträge berühren sich in ihren jeweiligen Übergängen, es gibt keine gravierenden Lücken.

Das ist sicherlich eine Stärke des Buches, aber gleichzeitig auch ein Problem. Denn damit das möglich war, mussten die Beiträge häufig so dicht und voraussetzungsvoll geschrieben werden, dass einige für LeserInnen ohne Vorwissen nicht in allen



Aspekten unmittelbar zugänglich sein dürften. Allerdings werden Literaturhinweise gegeben, sodass man weiterkommen kann. Für solche, die die Debatte kennen, sind die Texte wiederum zu kurz, als dass tiefer gehende Probleme und Fragestellungen entwickelt werden könnten. Es ist also nicht ganz klar, wer tatsächlich Zielpublikum des Buches sein soll oder sein könnte.

Dennoch sind einige Beiträge auch für tief ins Thema Involvierte sehr spannend, weil sie häufig klare politische Positionierungen enthalten. Da diese regelmäßig in dieselbe Richtung gehen, darf man sicherlich davon ausgehen, dass sie nicht nur die Meinung der jeweiligen AutorInnen wiedergeben, sondern auch die der Herausgeber. In diesem Sinne ist das Buch also auch ein Beitrag zur Schärfung der politischen Verortung der gesamten Degrowthbewegung. Damit zeigt es dasselbe Bemühen, das auch die OrganisatorInnen der Leipziger Konferenz motiviert hatte und berührt insofern die deutsche Debatte sehr wohl.

Eine Reihe von Texten legen in der Bewegung vorhandene Kontroversen nicht nur dar, sondern ergreifen auch Partei. Interessant ist die klare Befürwortung eines bedingungslosen Grundeinkommens ebenso wie die unmissverständliche Festlegung, dass ökonomische Schrumpfung nicht zulasten der Armen gehen darf. Damit befinden sich die AutorInnen und Herausgeber nicht immer

in Übereinstimmung gerade mit manchen prominenten Stimmen der Szene. So erläutert etwa Nico Paech im Vorwort, dass „eine Entkoppelung des zeitgenössischen Wohlstandmodells kraft technischen Fortschritts scheitert“, dass also „allein eine radikale Verringerung des Güteroutputs dazu verhilft, ökologische Grenzen einzuhalten“ (S. 11). Da wird ihm sicherlich kaum jemand aus der Wachstumskritik widersprechen. Aber er zieht daraus die Schlussfolgerung, dass „daraus eine Macht- oder Verteilungsfrage zimmern zu wollen, ... in einer Sackgasse“ ende. Es sei „längst nicht mehr nur eine dekadente Elite, die das Gros der Ressourcen verbraucht. In den zeitgenössischen Konsumdemokratien und immer mehr Schwellenländern ist es umgekehrt nur noch eine verschwindend kleine Elite, die nicht über ihre ökologischen Verhältnisse lebt, weil Elektronik, Flugreisen und viele andere Konsumgüter so unverschämt erschwinglich geworden sind.“ (ebd.)

Damit erklärt Paech, so wie er es auch sonst immer tut, die Frage der Wachstumsrücknahme zu

einer Frage der persönlichen Moral. Dem widerspricht Herausgeber Giorgos Kallis in seinem Beitrag zum Thema „Soziale Grenzen des Wachstums“ ausdrücklich, freilich ohne Paech namentlich zu erwähnen. „In der Degrowth-Literatur“ werde „der Verzicht auf positionale und auffällige Güter häufig als moralische und individuelle Angelegenheit dargestellt. Das ist aber falsch: Der Konsum positionaler Güter ist kein persönliches Laster. Er ist ein strukturelles gesellschaftliches Phänomen, dem Individuen zu entsprechen suchen, um Teil des Mainstreams zu bleiben.“ (S. 139)

Wer solche und ähnliche Passagen aufmerksam zur Kenntnis nimmt, wird in dem Buch auch dann mit Gewinn lesen, wenn er oder sie viele Inhalte schon kennt.

Giacomo D'Alisa, Federico Demaria, Giorgos Kallis (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära; Oekom Verlag München 2016, 304 Seiten, 25,00 Euro (E-Book 19,99); ISBN 978-3-86581-767-9 (978-3-86581-982-6)

Die Welt reparieren

Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis

Rezension von Wolfgang Borchardt

Der Buchtitel wirft Fragen auf: Was ist DIE WELT, die repariert werden soll? Ist REPARIEREN etwas anderes, als erhalten, wiederherstellen? Postkapitalistische Praxis als Reparatur des Kapitalismus? Anmaßender Anspruch oder „Basterei“ als politische Zukunftsvision?

Die Herausgeber* A. Baier, T. Hansing, Ch. Müller und K. Werner sehen einen „neuen Stil des Politischen (...) darin, die Welt gemeinsam zu reparieren, also praktisch zu transformieren, zu wandeln, um sie zu einer Ökologie umzugestalten, in der man gerne lebt.“ Sie stellen Projekte vor, deren „Spektrum reicht von: Essen retten, Dinge umnutzen bzw. in eine Circular Economy überführen, smarte und ökologische Produkte produzieren, Werkzeuge bauen und weiterentwickeln, Geflüchteten schnell und umfassend helfen, Müll als Plattform für Neues umcodieren, Behausungen und Dinge für Mittellose schaffen, Wissen und Produkte hacken und sie auf die eigenen Bedürfnisse anpassen, Zugang zu Wissen eröffnen, eigene Ideen umsetzen, Eigenmacht, „Autonomie“ erlangen,

sich selbst bilden – und das alles gemeinsam mit anderen und zugänglich für andere.“ All das wird dargestellt als spielerischer Umgang mit den Gegebenheiten und freundlicher Umgang miteinander. Im Text der Herausgeber* liest sich das so:

„Man möchte Spaß haben und genießen, lässt sich vom eigenen Interesse und von großer Neugierde leiten, man hat Zusammenhänge in den Blick genommen. Der Fokus liegt auf dem Machen in passender Umgebung: Homo Faber neu interpretiert als Homo ludens.¹ Man hat eine „Musikalität“ für die Dynamik des Kapitalismus und weiß, dass der nicht zu „stoppen“ ist, ist sich aber der Tatsache bewusst, dass er stets neu entsteht. In diesen Flow fügt man sich geschickt an der richtigen Stelle ein und webt eigene Fäden in den großen Teppich ein bzw. tanzt auf lokalem und translokalem Terrain eigene Choreografien. Dabei kannibalisiert man die Auswürfe des Kapitalismus und den hier erzeugten Überschuss an Dingen in Form von Abfall bzw. Müll. Aus

¹ Anmerkung des Rezensenten: „der spielende Mensch“ (latein)

dieser eigensinnigen Verweigerung der vorprogrammierten Exit-Option, aus der Umbiegung und Fortführung der Spiele mit Dingen in eigenwertigen Zusammenhängen entspringt eine Autonomie, auf die



sich einige Akteure* auch berufen. Allerdings ist diese Autonomie nicht als umfassendes politisches Programm und kompromisslose Ablehnung von herrschenden Systemen und entsprechend heroisch sich dem Widerstand mit Haut und Haar unterwerfenden

Subjekten zu verstehen, sondern eher Ausdruck der Eröffnung von Sphären, in denen eigenwertige soziale Prozesse stattfinden, die aber begrenzt sind und sein dürfen. Weder zielen sie auf das „komplette System“, noch fordern sie das komplette Subjekt. Die Teilnahme ist freiwillig und oft auch temporär begrenzt.

Nicht der Diskurs darüber, „die Welt verändern zu wollen“, leitet diese Praxis an, es dominiert der Modus des Weltreparierens: Konkret, präzise und lösungsorientiert geht dies vonstatten. Konjunktive stehen hier nicht hoch im Kurs, ebenso wenig wie Lamenti. Allerdings ist diese Haltung nicht zu verwechseln mit einer Gleichgültigkeit gegenüber den bestehenden Verhältnissen. Vielmehr ist den Einzelnen bewusst, dass sie nicht „alles ändern“ können. Anstatt sich in der Formulierung von Zukunftsvisionen zu verlieren und der Gegenwart zu entgleiten (...), setzen sie ganz konkret bei dem an, was ist. Statt einen Idealzustand zu imaginieren und herbeizudenken, fokussieren die Reparatere* und kollaborativen Fabrikanten* ihre Aktivitäten auf begrenzte, in ihrem Alltagsleben angesiedelte Sachverhalte oder Zusammenhänge, denen sie sich en détail widmen.“ (S. 35)

Diese Betrachtungsweise zieht sich durch das ganze Buch. Sie ist durchaus inspirierend. Wenn es denn gelingt, dass die aufgeführten Beispiele genügend Nachahmer* finden und/oder Menschen anregen, das Gleiche auf anderen Gebieten nach-

zuvollziehen, könnte tatsächlich ein Selbstbewusstsein der eigenen Handlungsalternativen auch im Kapitalismus wachsen. Die weit verbreitete Apathie und politische Lethargie erscheint mir zumindest als eins der Hauptprobleme vieler Menschen, die sich selbst aufgegeben haben und in der Hoffnung, dass andere ihre Probleme schon lösen würden, wenn überhaupt, dann eher rechte Populisten wählen statt selbst aktiv zu werden. Ob diese Menschen aber erreicht werden und das 345 Seiten starke Buch lesen, ist eine andere Frage. Adressiert werden m.E. daher eher Suchende, denen bewusst ist, dass Alternativen nötig sind und die auch bereit sind, selbst etwas dafür zu tun. Für diese Menschen gibt es 13 „Visionen“ von Open Source und commons-basierter peer-Produktion über offene freie Technik, Kreislaufwirtschaft, offene Modekultur bis zu Open-Source-Circular Design, 32 Praxisbeispiele von CNC-Fräsenbau über Technik für urbane Subsistenz, Schaffung von Infrastrukturen bis zu Repair Cafés und Kleidungsretter*, von Hotel über dezentrale Energiegewinnung, Kommunikation für alle und Mobilität bis Re-use und Upcycling. Sieben Analysen runden das mit reichlich Bildern von einzelnen Projekten illustrierte Buch ab.

Einige der Aussagen mögen heute geradezu utopisch erscheinen, beispielsweise, wenn Ch. Siefke für die commons-basierte peer-Produktion einschätzt: „Das Eigentum im heutigen Sinne verliert (...) seine Bedeutung“ - doch ist das wirklich utopisch? Eigentum ist oft eine Form der zukünftigen Absicherung, die nicht benötigt wird, wenn man in einer Gemeinschaft darauf vertrauen kann, dass mensch dann aufgefangen wird, wenn sie/er das benötigt (Alter, Krankheit). Ist etwa bedrucktes Papier (Geld) denkbar ohne Vertrauen darauf, dass man dafür einen Gebrauchswert oder eine Dienstleistung (Hilfe, Pflege) bekommt, wenn sie/er es benötigt? Folgen wir diesem Gedanken, dann zeigt sich dass Commons nicht auf die „Expropriation der Expropriateure“, auf die Lösung, sondern auf Unterlaufen des Klassenwiderspruches abzielen. Spannende Idee.

Aus Sicht der Überwindung des Kapitalismus ist die Analyse von N. Paech „Die Welt lässt sich nur in der Postwachstumsökonomie reparieren“ kritischer zu beurteilen. Wenn er „Die doppelte Bedeutung der Reparatur für eine Postwachstumsökonomie“ untersucht, argumentiert er mit den Kategorien der

kapitalistischen Ökonomie – und bleibt daher in ihrem Rahmen:

„Durch autonome Reparaturaktivitäten kann die Industrieproduktion „gestreckt“ und somit zugleich das in der Produktion eingesetzte Kapital mittels marktfreier Ressourcen bis zu einem bestimmten Grad reduziert werden. Durch die Verwendung nichtkommerzieller Inputs, nämlich (a) eigene Zeit, (b) handwerkliche Tätigkeiten und (c) soziale Vernetzung zwecks entkommerzialisierendem Leistungsaustausch, aus denen sich Reparaturleistungen speisen, kann die Kapitalintensität der Verfügbarkeit jener Konsumfunktionen, die durch materielle Güter generiert werden, gesenkt werden. Mit anderen Worten: Aus derselben Menge an produktionsseitig eingesetztem Kapital wird ein höheres Quantum an Konsumservices extrahiert. Damit sinkt die Kapitalintensität der güterbasierten Versorgungseinheiten.“ (S. 291)

Kurz und einfach formuliert: Für die Versorgung der Menschen werden weniger kapitalintensive Güter benötigt; „eigene Zeit, handwerkliche Tätigkeiten und soziale Vernetzung“ werden für die Eigenversorgung organisiert.

Die Konsequenz erwähnt Paech nicht: Das für „die Kapitalintensität der güterbasierten Versorgungseinheiten“ nicht mehr benötigte Kapital muss dann zwar anderweitig eingesetzt werden – aber dessen Einsatz erfolgt im Finanzcasino sowieso mit größerem Profit als für die lästigen Sozialausgaben....

Auch wenn beim Lesen manchmal der Eindruck entsteht, die Autoren* bewerten die vorgestellten Einzelprojekte zu euphorisch und sind selbst nicht ganz frei davon, „einen Idealzustand zu imaginieren und herbeizudenken“, ist doch das Auffinden (und Pflegen) von alternativen Keimen eine lohnenswerte Aufgabe. So ist das Buch trotz aller kritischen Bemerkungen für all diejenigen, die Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft suchen und aktiv werden wollen, sehr lesenswert.

A. Baier, „Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis“, 2016 Transscript-Verlag.

Printausgabe: 19,99 €; 352 Seiten, kart., ISBN 978-3-8376-3377-1

Open Access: PDF-Download, 2,1,80 MB, ISBN 978-3-8394-3377-5

Bekenntnisse eines Economic Hit Man

Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia

Rezension von Dieter Brendahl

Dieses Buch schildert Verhältnisse, nach denen die NATO als Werkzeug einer imperialen Mafia erscheint. Die Regierungen der NATO-Mitgliedsländer werden danach von superreichen Paten beherrscht und veranlasst, systematisch



Demokratieabbau zu betreiben.

Wie der Leser bald selbst bemerken wird, konnte der Autor sich nur schützen, indem er sich in einem Bestseller-Roman offenbarte. Er hat sich eine große Öffentlichkeit erschlossen, die ihn vor dem Zugriff der Paten bisher besser

geschützt hat, als dies Whistleblowern wie Edward Snowden, Julian Assange und Chelsea Manning gelungen ist.

Im Umfeld der Economic Hit Men werden Parlamenten der Zielländer die Kontrolle ihrer Geheimdienste entzogen. Sie sind zu Vollzugsorganen der Wirtschaftsmafia verkommen. Die Mafia verfügt über mediale Manipulationshelfer, denen es oftmals gelingt, Wahlen so zu beeinflussen, dass Parteien und Organisationen von wesentlichen entwicklungspolitischen Zielen abgelenkt und durch Streitigkeiten paralytisch werden. So genannte „unabhängige“ Wirtschaftsinstitute spielen die Rolle der Berater inkompetenter Politiker. Nur aufgeklärte Wähler können sich davor schützen, von der Wirtschaftsmafia benutzt zu werden.

John Perkins: "Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia", Paperback, 14,99€, ISBN: 978-3-442-15918-5; eBook (epub) 11,99€, ISBN: 978-3-641-20024-4

Impressum

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Redaktionsschluss: 15.2.2017.

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:15.5.2017.

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE; IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB; Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende Tarantel

Autoren

Manfred Wolf, Dieter Brendahl, Hermann Franz, Edgar Göll, Marko Ferst und Wolfgang Borchardt sind langjährige Mitglieder der Ökologischen Plattform bzw. ihres Sprecher*innenrates.

Friedrich Sixel lehrt Philosophie in Kanada.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Werner Rätz ist unter anderem engagiert bei der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn und vertritt diese im Koordinierungskreis von attac Deutschland.

Bildnachweis

S. 7: Visualisierung von ca. 30% des Internet, von The Opte Project -Originally from the English Wikipedia; description page is/was here., CC BY 2.5, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1538544>

S. 9: Stefan Meretz bei der EJE-Abschlussveranstaltung am 22.11.2015

S. 11: Buchtitel von St. Meretz "Linux & Co..."

S. 12: Folie aus dem Vortrag von St. Meretz und D. Neumüller "Wir machen uns die Welt wie sie uns gefällt - mit Geld?", Leipzig 30.10.2015

S. 14: Pentaflake-C, 3. Iteration, blau, (CC0 1.0)

Titelbild: „Das Neue im Alten“ unter Verwendung von „Zwischenkultur, abgestorben“ von Volker Prasuhn (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>), via Wikimedia Commons und „Kleiner Keimling“ von Maja Dumat - CC BY 2.0

(<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/>)



Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter): Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112, Chemnitz, ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz), Tel. 030 22772485, Fax 030 22776485, eva.bulling-schroeter.@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 22772636, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Stroberg 36, 70180 Stuttgart, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta, (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke, Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam, Tel.: 01520 2875749, norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Bremen

Helmut Kersting, Helmut.Kersting@die-linke-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf, Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg, hajo.zeller@die-linke-marburg.de, Tel. 06421163873
Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel.09385 5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF), Karsten.farber@kabelmail.de
Heinz Preuß (Kordinierungsrat ÖPF), Sedanstr.6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de
Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin) Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 03589 135290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de;
(ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, MdL,

marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,

jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),

Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9,

39104 Magdeburg,

andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Frank Roßband, frank.rossband@web.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321 Lütjenburg

Hans-Jürgen Schulze, hajueschulze43@gmx.de,

Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de,

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,

kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, politik@nd-online.de

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und

Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin.

Tel. 030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf

Tarantel

Nr. 76

März
I/2017

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Über uns	
Was wir unserer Partei sagen wollten	3
International	
Tod Fidel Castros und Wahlsieg Donald Trumps	5
Gesellschaftsperspektive	
Gespräch mit Judith Dellheim	6
Gespräch mit Stefan Meretz	7
Energie	
Über das Erfordernis, die Energiegesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend zu erneuern	15
Vorschlag Inhaltlicher Eckpunkte für die dezentrale Energieversorgung aus regenerativen Quellen	17
Bücherecke	
Illegale Kriege	18
Beiträge zur Umweltpolitik Nr. 2: „Politische Begriffe und ihre Anwendung in der Ökologie“	18
Reinhard Loske: Politik der Zukunftsfähigkeit. Konturen einer Nachhaltigkeitswende	20
Abschied von der Welt des Überflusses	23
Die 10 Gebote der Ökologie	24
Degrowth. Handbuch für eine neue Ära	26
Die Welt reparieren	27
Bekenntnisse eines Economic Hit Man	29
Impressum	30
Kontaktadressen	31